

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.60 Mk. Anzeigenpreis die 6gepalte Colonelle für Arbeitsgesuche 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Die Arbeit!

Arbeit! Sie ist die Pylang
Im Krieg mit den Gewalten;
Nur Arbeit kann im Kampf ums Brot
Die Menschheit auch erhalten!
Wer am Ambos den Hammer schwingt,
Wer mit der Schote täglich ringt —
Sie seien uns gepriesen!

Wer in der Erde dunklem Schoß
Nach Quarz und Erz muß suchen;
Wer aus des Gelftes tiefem Schacht
Gedankengold läßt buchen;
Wer forschend Wissensbursch uns stift,
Wer als der Mäusen Sünner gilt —
Sie alle laßt uns loben!

Doch wer nur Schätze auf Schätze häuft,
Dem Nächsten zum Verderben;
Wer als sein Ideal sich wählt,
Nur möglichst reich — zu sterben;
Der geht als Schuldner aus der Welt,
Im Herzen arm, nur reich an Geld,
Ein Bettler trotz des Geldes.

(Grütter, St. Gallen.)

Der Werkbund

Köln am Rhein, eine der ältesten Stätten deutscher Kultur, beherbergt in ihren Mauern eine Ausstellung, die wegen ihrer Eigenart und Bedeutung auch das weitgehendste Interesse der Arbeiterschaft beanspruchen kann. Diese Ausstellung unterscheidet sich sehr wesentlich von anderen Ausstellungen. Sie ist kein wahllos zusammengeschleppter Jahrmakel, sondern will einer großen Idee dienen; das geht schon aus dem Namen hervor. Die Werkbundaussstellung will eine Vorstellung vom Schaffen und Können des deutschen Werkbundes geben.

Was will der deutsche Werkbund? Viele haben ihn für eine Gewerkschaft der Künstler gehalten, welche diesen gute Preise für die Erzeugnisse ihres Schaffens erwirken sollte. Andere glauben, es sei eine besondere Spielart der Gelesen. Der Irrtum ist verzeihlich, denn Werkbund und Werkverein können dem Namen nach betrachtet, sehr leicht miteinander verwechselt werden. Doch nichts hat der deutsche Werkbund mit all diesem gemein. Er ist auch keine Vereinigung zur Schaffung eines neuen deutschen Stils. Und wer annimmt, daß der Werkbund sich lediglich mit der Kunst und dem Kunstgewerbe befassen will, befindet sich ebenfalls im Irrtum.

Der deutsche Werkbund — gegründet im Jahre 1907 in München umfaßt als Mitglieder Industrielle, Handwerker, Künstler, Schriftsteller und Volkswirt. — ist die Zusammenfassung jener werkkünstlerischen Bewegung, die bis in die neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurückreicht, und deren Arbeitsprogramm lautet: „Zweckmäßigkeit, Qualität und künstlerische Form“ in der Produktion. Mit anderen Worten gesagt, der deutsche Werkbund will eine Veredelung und Durchgeistigung der Arbeit herbeiführen.

Die Künstler, die diese Bewegung einleiteten und die heute zum Teil als ihre Führer wirken wie van de Velde, Eckmann, Obri, Obriß, Pankok, Peter Behrens, Richard Niemenschmidt, Bruno Paul, Hermann Muthesius u. a. „wollten nicht nur das ältere Kunstgewerbe reformieren und der geistlos mechanischen Nachahmung alter Stile, der das Kunstgewerbe verfallen war, eine aus dem Geist und dem Wesen der Dinge unserer Zeit zu entwickelnde neue und eigene Form entgegensetzen“ heißt es in einem Aufsatz eines Werkkünstlers. „Von Einzelgegenstand“, schreibt er weiter:

„gingen sie alsbald zur Gestaltung des Raumes und dem Einzelraum zur Gesamtarchitektur über. Andererseits erschauten sie in dem von der Kunst nicht berührten Schaffen der modernen Technik eine große, durchgehende und gleich in allen Einzelerscheinungen sich tausendfach abwechselnde Linie, die sich unverkennbar aus der Form und den technischen Bedingungen der Maschine entwickelt und unserer Zeit einen Gesamtausdruck ihres eigenen Wesens geschaffen, lange bevor ein Künstler an solche Möglichkeiten gedacht hatte. Aus diesen beiden Elementen, dem künstlerisch-architektonischen und dem technisch-maschinellen, entstand das, was wir heute schon als den neuen deutschen Stil bezeichnen dürfen. Es handelt sich um eine künstlerische Durchdringung der Gesamterscheinung unserer Zeit, jedoch nicht im Gegensatz zur modernen technischen Entwicklung, sondern im engsten Zusammenhange mit ihr, in lebendiger Wechselwirkung zwischen Kunst und Technik, Künstler und Maschine. Zweck-, Material- und Konstruktionsgerechtigkeit wurden die leitenden Grundzüge der neuen Bewegung, und so haben wir in Deutschland eine Stetigkeit und Einheitlichkeit der Formgebung erreicht, die als der mächtigste Ausdruck eines großen starken Willens das Ausmaß bereits in Erlaunen zu sehen beginnt und ein würdiges Gegenstück zu unserer großen, technisch-wissenschaftlichen und sozial-wirtschaftlichen Entwicklung bildet.“

Und eine solche Bewegung war notwendig. Wir wüßten unseren Blick zurückwenden bis in die Zeit des dreißigjährigen Krieges, niemals war die Geschmacklosigkeit und Verhäßlichkeit so groß, wie in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Alles wurde beherrscht von der Massenherstellung, von Millionenrekorden, kurzum vom kapitalistischen Prinzip, deren letzte Konsequenz im Laylorientierten ihren Ausdruck findet.

Nicht mit Unrecht hat man diese Wirtschafts-Entwicklung mit einer „Stegelfahrezeit“ verglichen. Eine solche Zeit kann natürlich nicht von dauerndem Bestande sein. Totfischer geht sie einmal zu Ende. „Die Freude an der Massenerzeugung“, sagt Erich Schaiter „an der gesteigerten Geschwindigkeit, am Sensationalen und an der im Kapitalbesitz verborgenen Macht über die Menschen beginnt infolge einer gewissen Ueberfättigung sich in normale Grenzen zurückzudämmen. Dafür treten andere Ideale wieder in den Vordergrund: Das soziale Ideal der Gemeinamkeit und Ordnung, und die Sehnsucht nach Qualitäts- gütern nach ruhigem innerlichen Leben, nach künstlerischer Durchgeistigung und Veredelung des gesamten Daseins, wie sie im „Deutschen Werkbund“ verkörpert ist!“

Zweckmäßig, gut und schön soll alles sein, was produziert wird. Es ist kaum zu glauben, daß Industrie und Gewerbe diese selbstverständlichen und einfachen Voraussetzungen bei der Warenproduktion ignorieren konnten, und doch, es war und ist so. Der Dien soll sein ein Wärmepender und Gebrauchsgegenstand, der leicht zu reinigen und zu säubern ist und keine Nachbildung irgendeines antiken Ungeheuers. Der Stuhl soll eingerichtet sein als bequeme Sitzgelegenheit und nicht als Marterinstrument. Lampenschirme sollen bekanntlich das Licht dämpfen, sehr oft stellen sie ein unzuverlässiges, in schreienden Farben gehaltenes Landschaftspanorama dar. Kurzum, was soll der überflüssige und direkt geschmacklose Krimskram an Gebrauchsgegenständen? Je einfacher die Form eines Gegenstandes und je mehr sie dem Gebrauchszweck entspricht, je vollkommener wird der Gegenstand sein.

Qualitätsarbeit, d. h. gute Arbeit liefern, ist die zweite Forderung des Werkbundes. Ist das möglich? Gewiß! Naumann sagt:

„Kein Kaufmann kann nur Waren erster Güte verkaufen, da es von jeder Sache nur eine kleine Menge allerersten Erzeugnisse gibt. Auch sind die allerbesten Waren für die allermeisten Käufer zu teuer. Es muß auch das geringere Holz an den Mann gebracht werden, wenn man den Wald abholzt, und das geringere Fleisch, wenn man das Rind schlachtet. Es gibt nicht nur beste Kohle, und für viele Zwecke ist sie volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich betrachtet, viel zu gut. Auch die geringeren Böden wollen ihren Ertrag zu Markte bringen und auch die geringeren Arbeitskräfte wollen leben. Wer also den richtigen Gedanken der Qualitätsverbesserung dahin überspannen wollte, daß er gegen alle mittlere und geringere Arbeit überhaupt einen Krieg führen wollte, der würde sich mit den unveränderlichen Vorbedingungen des menschlichen Lebens in Widerspruch setzen. Auch der saure Wein will getrunken werden, wenn er einmal gewachsen ist, und auch die kleinen Kartoffeln müssen irgendwo unterkommen. Selbst Abfallindustrien sind nicht grundsätzlich zu verwerfen, denn sie sind volkswirtschaftliche Sparmaßnahmen.“

Aber! Es ist nicht nötig, daß alle festen und langjährigen Hölzer durch leichte, kurzfristige verdrängt werden. Es ist nicht nötig, daß halbfertige Ferkel gezeugt werden. Es ist nicht richtig, daß Tausende von Menschen an Geweben arbeiten, die gar nicht halten können. Es ist nicht richtig, Teppiche herzustellen, die in nächsten Jahre schon Lappen sind. Man braucht nicht jeden Schund zu drucken, den jemand schreibt. Man braucht nicht Schränke zu kaufen, die nach einiger Zeit wie geborstene Kisten aussehen. Mit anderen Worten: die Natur können wir nicht ändern, aber ihre Verarbeitung kann mit mehr Verstand erfolgen.

Es ist volkswirtschaftlicher Unverstand, Arbeit an Waren zu verwenden, die weder einen Gebrauchs- noch einen Schönheitswert haben. Es ist Betrug, einen Gebrauchsgegenstand vorzutauschen, der nicht vorhanden ist. Man soll an jeden Naturstoff diejenige Arbeit verwenden, die seiner Güte entspricht. Das alles ist natürlich leichter gesagt als durchgeführt. Aber es muß gesagt werden, damit es durchgeführt wird. Beides muß vermieden werden: sowohl die Vergeudung wertvoller Stoffe durch fleißige Arbeit als die Anhäufung langer Mähen auf Dinge, bei denen es sich nicht lohnt.

Wer Augen hat zu sehen, der sehe! Er gehe in ein beliebiges gewöhnliches Kaufhaus und sehe, wieviel vergebliche Menschenarbeit in ihm angeboten wird: Wäsche für einen Sonntag, Lederwaren ohne Leder, Spielzeug mit dem Tod im Gebein! Das alles würde nicht sein, wenn Hersteller, Verkäufer und Käufer Qualitätsgeföhle im Leibe hätten. Man begreift ohne weiteres, welche große Aufgabe hier vorliegt, eine nationale und internationale Erziehungsaufgabe ersten Grades.“

Was geht das alles aber die Arbeiter an? Genau soviel wie das ganze Volk, und noch etwas mehr. Die Werkbundgedanken und Ziele berühren das ganze Volk. Der Werkbund wirkt in feiner Weise sozial ausgleichend. Denn nach ihm soll auch aus der Behausung des Arbeiters Kirsch und Schund verbannt und an deren Stelle mit fast gleichen Mitteln gute, zweckmäßige und dabei doch schöne Gegenstände gesetzt werden. Dazu sein Programm: Wahr, Gut und Schön, fördert er die Freude an der Arbeit und damit die Lebensfreude. Der Werkbundgedanke erfaßt also den Arbeiter doppelt, als Hersteller und als Verbraucher von Gebrauchsartikeln. Interessieren diese Dinge den Arbeiter vielleicht nicht?

Darüber hinaus ist nicht unerheblich für den Arbeiter die Bedeutung des Werkbundes für die Volkswirtschaft. Wir müssen bereits einen erheblichen Teil unserer Erzeugung auf dem Weltmarkt absetzen. Auf diesem wird sich auf die Dauer aber nur die hochqualifizierte und solide Arbeit unterbringen lassen. Das ist um so leichter, wenn bei diesen Artikeln mit der Qualität Hand in Hand geht höchste Zweckmäßigkeit und künstlerische Form. Wer wollte das bestritten? Billige Massenartikel werden die heute noch unkultivierten Völker im

Zeitalter der Maschine, des Dampfes und der Elektrizität sehr bald selber herstellen.

Friedrich Naumann, der Borkämpfer des deutschen Werkbundes, hat diese Seite des Problems treffend und markant folgendermaßen zusammengefaßt:

„Wer den Leuten einen vorübergehenden Schund bietet, der verkauft heute an an sie, und es kommt in zehn Jahren jemand aus Alexandrien und bietet ihnen daselbe, und sie kaufen es bei jenen. Wer aber etwas bietet, was Qualität im höheren Sinne des Wortes ist, dem bleiben die Kunden treu, teils aus Verstand, teils aus Ehrgefühl. Wenn wir nämlich jenes Renomme einmal auf uns konzentrieren können, was Paris beispielsweise hat, so wird dieses Renomme eine Rente für Kind und Kindeskind. Und darum: wir arbeiten in der Schule dieser verfeinerten Industrie und Fabrikation zugleich volkswirtschaftlich im großen Stil, wir können es aber nur, wenn wir die ganzen an der Arbeit beteiligten Menschen auf die Höhe heben, daß wir mit ihnen vollkommene Arbeit machen können.“

Es gibt also eine ganze Menge Gründe, welche die Arbeiter bestimmen, dem Werkbund und seinen Bestrebungen Interesse entgegen zu bringen. Dieweil aber alles Reden und Schreiben nicht so überzeugend wirkt, wie die praktische Anschauung, hat der deutsche Werkbund sich entschlossen, sein Wollen und Können durch eine Ausstellung der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Der große Wurf ist ihm gelungen. Die Kölner Werkbundaussstellung ist wie aus einem Guß. Die Hallen und Gebäude in denen alles untergebracht ist, bedecken mit Anlagen und Vergnügungspark ein Gelände von 200 000 Quadratmetern, das herrlich gelegen an der rechten Rheinseite sich wirklich stimmungsvoll präsentiert. Die Metall- und Maschinenindustrie — im weitesten Sinne — ist mit guter formgerechter Qualitätsarbeit vertreten. Für heute müssen wir auf Einzelheiten verzichten. Wir werden aber nicht verfehlen, darauf zurückzukommen.

Das Streben des Werkbundes darf des Verständnisses der christlich-nationalen Arbeiterschaft sicher sein. Und die jeniger von unseren Kollegen, welche die Werkbundsziele in sich verkörpern und befestigen wollen, können dieses am besten durch einen Besuch der Werkbundaussstellung im alten und doch ewig jungen Köln a. Rh.

Konferenz des süddeutschen Bezirks

Unsere diesjährige Bezirkskonferenz fand an zwei Orten statt, am 21. Mai in Singen a. S. und 24. Mai in Stuttgart. Seit dem letzten Jahre werden wegen der räumlichen Ausdehnung des Bezirks und um den einzelnen Gruppen eine bessere Aussprache zu ermöglichen, zwei getrennte Konferenzen abgehalten. Die Konferenz in Singen war von 20 Delegierten besucht, die 15 Ortsgruppen vertraten. Außerdem waren vom christl.-soz. Metallarbeiterverband der Schweiz, Ortsgruppe Schaffhausen, zwei Vertreter als Gäste amocfen, die lebhaft begrüßt wurden. Die Konferenz in Stuttgart war von 26 Delegierten besucht, die 13 Ortsgruppen vertraten. Als Vertreter der Hauptleitung nahm an beiden Konferenzen Zentralvorsitzender Kollege Wieber teil. Den Geschäftsbericht der Bezirksleitung erstattete Kollege Oengler. Aus demselben sei folgendes hier wiedergegeben.

Bereits im letzten Drittel des Jahres 1912 war ein Abflauen der Konjunktur zu verzeichnen. Dieser Rückgang hat 1913 in verstärktem Maße angehalten. Namentlich wurde hiervon betroffen die Maschinen-, elektrotechnische und Automobilindustrie. Die Lage im Baugewerbe war ebenfalls schlecht. Die Edelmetallindustrie leidet seit längerer Zeit unter einer ungünstigen Wirtschaftslage. Der Bericht der Handelskammer Rottweil für 1913 bezeichnet den Beschäftigungsgrad in der Uhren- und Harmonikaindustrie als nicht schlecht, den der Waffen- und chirurgischen Instrumentenindustrie als stark. Nicht ungünstig war auch der Geschäftsgang in der Metallindustrie Oberschwabens, dagegen wieder teilweise schlecht in den württembergischen staatlichen Hüttenwerken. Im besonderen Maße machte sich die Ungunst der Wirtschaftslage im Industriebezirk Stuttgart geltend. Eine Reihe größerer Werke arbeiteten monatelang, zum Teil bereits das ganze Jahr hindurch, mit verkürzter Arbeitszeit. Die in den Metallbetrieben des Stuttgarter Industriebezirks beschäftigte Arbeiterzahl wies einen Rückgang von ca. 2500 auf. Neueinstellungen kamen seltener vor, dagegen vielfach Entlassungen.

Die Bestrebungen auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge wurden auch im Verbandsbezirk auf das nachdrücklichste unterstützt. Die Verbände der Metallindustriellen in Baden und Württemberg wandten sich mit Protesteingaben gegen die Arbeitslosenversicherung an die Landtage und suchten diese als eine sozialdemokratische Forderung zu diskreditieren. Demgegenüber wiesen wir unter besonderer Bezugnahme auf die Verhandlungen des 3. Deutschen Arbeiterkongresses darauf hin, daß die Darstellung der Unternehmer nicht zutreffend sei. Die christlichen Gewerkschaften in Baden und Württemberg haben in der Arbeitslosenfrage Eingaben an die Regierungen und Landtage gemacht.

Der Wert der Organisation als Schutzwehr der Arbeiter hat sich in der Zeit der schlechten Konjunktur erneut gezeigt. Die gemachten Erfahrungen sollten dazu dienen, die unserem Verband noch fernstehenden Metallarbeiter für uns zu gewinnen.

Von den größeren Industriebezirken Deutschlands war Stuttgart noch eins der wenigen, das von

Arbeitsgeberzwangsarbeitsnachweilen verjocht geblieben war. Der Verband Württ. Metallindustrieller hat es aber verstanden, die ungünstige Wirtschaftslage in Ver-

bindung mit der Niederlage des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bei Bofsch (Stuttgart) für sich auszunutzen. Am 2. Februar 1914 eröffnete er für Stuttgart und Esslingen einen eigenen Arbeitsnachweis - Arbeiterfortiermaschine - durch welche die Arbeiter in geordneter Weise „ausgeschickt“ werden sollen. Nach den an anderen Orten gemachten Erfahrungen haben die Arbeiter allen Grund, diese Arbeitsgeberarbeitsnachweise und deren Tätigkeit immer im Auge zu behalten.

Abgesehen von den Genossen, die ja in der Hege gegen die christlichen Gewerkschaften ihren Beruf erblickten, haben es sich die Hirsch-Dunker noch in ganz besonderer Weise angelegen sein lassen, den Gewerkschaftsstreit agitatorisch gegen uns auszunutzen. Die Art, wie dies verschiedentlich geschah, kann man nur als widerlich und feige charakterisieren. Von anderen ausgebreitete Verleumdungen wurden von Hirsch-Dunkerischen Organen, ohne daß diese aber den Mut hatten, die Verantwortung dafür zu übernehmen, nachgedruckt. In Württemberg krebsten die Hirsch-Dunker auf verschiedene Weise. In katholischen Gegenden suchten sie sogar die christlichen Gewerkschaften unter religiöser Benutzung Berliner Zitaten als religionsfeindlich oder unzuverlässig darzustellen. In evangelischen Arbeiterkreisen und Arbeitervereinen wurden wir als kirchlich katholische abhängige Organisationen dargestellt, um dann in beiden Fällen sich als die einzig richtigen zu empfehlen. Auch der Landesverband evangelischer Arbeitervereine Württembergs hat anscheinend die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt. Für positive Förderung der christlichen Gewerkschaften hat man nichts übrig. Kritisch nimmt man auf, was gegen die christlichen Gewerkschaften geht. Nachdem durch den Kölner Gewerkschaftsprozess klare Bahn geschaffen wurde, war das Organ der evangelischen Arbeitervereine Württembergs gleich mit dabei, um durch erneute Aufrollung allerlei theologischer Streitfragen von neuem Mißtrauen gegen die christlichen Gewerkschaften zu säen. Wer wirklich Klarheit haben will über den Charakter der christlichen Gewerkschaften, der kann es. Die Kongresse der christlichen Gewerkschaften wie auch der Kölner Gewerkschaftsprozess haben klar genug gesprochen. Das Verhalten dieser Kreise in Württemberg ist erklärlich, wenn man sieht, in welcher Art und Weise die Hirsch-Dunker in verschiedenen dieser Vereine arbeiten und offensichtlich zu deren Gunsten gearbeitet wird. Stimmweise könnte man meinen, daß hier eine Arbeits- und Söngemeinschaft geschlossen sei. Dies ist um so bemerkenswerter, als große Verbände evangelischer Arbeitervereine schon längst zu einer Ablehnung der Hirsch-Dunker gekommen sind.

Schlechte Konjunkturen sind bekanntlich dem Bestreben der Arbeiter und ihrer Organisationen auf

Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse

nicht günstig. Trotzdem ist es an verschiedenen Orten gelungen, günstige Bewegungen zu führen und nennenswerte Vorteile für die beteiligten Kollegen zu erreichen. Im Bezirk waren wir an 20 Bewegungen beteiligt. Davon wurden sechs durch Streik erledigt. In einem Fall kam es zur Ausperrung. 11 Bewegungen verliefen erfolgreich, 7 teilweise erfolgreich und 2 erfolglos. Tarifverträge wurden 1 abgeschlossen. Ca. 400 Mitglieder erreichten neben einer Verkürzung der Arbeitszeit einen Lohnausgleich von durchschnittlich 1 Mk. pro Woche; ca. 105 Kollegen eine Lohnerhöhung von 1,20 Mk. pro Woche; 35 Kollegen eine Lohnerhöhung von 1,50 bis 2,60 Mk. pro Woche neben Arbeitszeiterhöhung bis zu drei Stunden pro Woche. In drei Fällen konnten angesagte Akkordreduzierungen die bis zu 50 Prozent betragenden, rückgängig gemacht werden. Ebenso konnten weiter eine Reihe Verbesserungen allgemeiner Art erzielt werden. An Bewegungen waren 1183 Mitglieder des Bezirks beteiligt.

Unter den als ergebnislos gebuchten Bewegungen figuriert die Bauwäpferbewegung in Stuttgart. Ihr Verlauf ist besonders charakteristisch. Die Schlosserinnung kündigte auf den 31. März 1913 den 1911 abgeschlossenen Tarifvertrag, erklärte sich aber gleichzeitig unter Vorlage eines neuen Entwurfes zu Verhandlungen über einen neuen Tarif bereit. 1911 war es dank der arbeiterschädigenden Haltung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes - der ein gemeinsames Vorgehen und Verhandeln ablehnte - zu zwei getrennten Tarifen gekommen. Im Interesse einer geschlossenen Vertretung für die Bauwäpfer erklärten wir uns erneut zu einem Zusammengehen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband bereit. Durch die Schlosserinnung wurden auf den 29. März 1913 gemeinsame Verhandlungen angezettelt und dazu die Vertreter unseres und des sozialdemokratischen Verbandes eingeladen. Gleich bei Eröffnung der Sitzung erklärte der Genosse Schick, Bezirksleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, daß sie mit den Vertretern des christlichen Verbandes zusammen nicht verhandeln würden. Er stellte weiter an den Verhandlungsleiter, Obermeister Köppler, das Ansuchen, die beiden von der Innung schriftlich eingeladenen Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes hinauszuweisen. Diese Zumutung wurde von den Innungsvertretern mit Recht aufs schärfste zurückgewiesen. Die genöthigten „Arbeitervertreter“ mußten sich von den Arbeitgebern lassen, daß es ihnen nicht um das Wohlergehen der Schlossergesellen zu tun sei, sondern um ihren sozialdemokratischen Machtpunkt. Die Genossen handelten einfach nach dem Wort: „Wer die Macht hat, hat das Recht.“ Arbeitgeber mußten sich in diesem Falle mehr als Waprer eines freien Koalitionsrechtes zeigen, als die roten „Freiheitsheben“.

Als die Genossen sahen, daß die Arbeitgeber auf ihr Ansuchen nicht eingingen, ließen sie von den Verhandlungen weg. Weiterer auch von amtlicher Seite gemachte Versuche, gemeinsame Verhandlungen herbeizuführen, scheiterten. Die sozialdemokratischen Verbandsvertreter wollten uns dabei allerlei, zum Teil direkt lächerliche Bedingungen stellen. Das Resultat war, daß überhaupt keine Verhandlungen mehr zustande kamen, der alte Tarif blieb und die Stuttgarter Bauwäpfer seit 1. April 1913 ohne Tarif arbeiten. Das dies kein Vorteil für die Arbeiter ist, ist klar.

Die erste Seite der Sache ist neben der direkten Schädigung der materiellen Interessen der Arbeiter noch die, daß die Genossen mit solchen Dingen den Schatzmachern nur das Material liefern zu ihren koalitionsrechtfeindlichen Bestrebungen. Wenn den freien Gewerkschaften wirklich etwas an einem freien Koalitionsrecht gelegen ist, dann mögen sie andere Sehnen einschlagen.

Ueber die Entwicklung der einzelnen Ortsgruppen und die erzielten Aufnahmen lag den Delegierten eine Statistik vor. Die Kollegen in den Ortsgruppen mögen daraus die entsprechenden Zugunwendungen ziehen. Der Gesamtmitgliederstand des Bezirks weist keine erhebliche Veränderung auf. Neuzugnahmen wurden 1000 gemacht, Uebertritte aus anderen Organisationen waren 123 zu verzeichnen. Den 171 Zugereichten stehen 405

Abgereifte gegenüber, 28 sind vom Militär zurück gemeldet, dagegen 74 eingerückt. An Flugblättern wurden rund 237 000 Stück verteilt.

An Versammlungen wurden in den Ortsgruppen abgehalten:

Mitgliederversammlungen	560
Öffentliche Versammlungen	38
Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen	454
Beräthungs- und Fabrikoersammlungen	48
Zusammen	1100.

Rassenverhältnisse.

Die Reineinnahmen aus Markenverkauf stiegen von 69 628,45 Mark im Jahre 1912 auf 81 373,50 Mk. im Berichtsjahre. Die Ausgaben für Unterstützungen stiegen von 24 279,12 Mk. auf 30 576,26 Mk. Davon allein für Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit 18 664,72 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 7864,44 Mark, zusammen 26 529,16 Mk. Für andere Unterstützungen wurden 4075,10 Mk. ausgegeben.

Bezüglich der Beiträge zu der Jugendkasse ist zu bemerken, daß es den Ortsgruppen unbenommen bleibt, auch bei den Jugendlichen Lokalszuschläge zu erheben. Eine Reihe Gruppen im Verband tun das schon seit längerer Zeit.

Die Bezirkskasse weist in Einnahme 11 506,81 Mk. auf, in Ausgabe 11 729,04 Mk. Manche Ortsgruppen mochten sich gegenüber der Bezirkskasse in höchst unzulässiger Weise von ihren Verpflichtungen drücken. Demgegenüber ist hervorzuheben, daß es statutarische Pflichtenleistungen sind, von deren Erfüllung letzten Endes auch die agitatorische Leistungsfähigkeit des Bezirks abhängt. Mit lokaler Kirchturnpolitik dient man nicht den Interessen der Kollegen. Die Einnahmen der Bezirkskasse sind unzureichend und bedürfen dringend einer durchgreifenden Reform. Auf beiden Konferenzen knüpfte sich an den Bericht des Bezirksleiters eine eingehende

Diskussion.

die sich in zustimmendem Sinne bewegte. Zum Ausdruck wurde gebracht, daß es ein Gebot der Stunde sei, allseitig mit Nachdruck an die Werbearbeit zu gehen. Die führenden Kollegen in den Ortsgruppen haben die Pflicht, die Kollegenenschaft nicht nur anzuspornen, sondern selbst mit gutem Beispiel voran zu gehen.

In den Nachmittagsstunden wurde jeweils durch den Bezirksleiter ein Referat über:

Agitation und Verwaltung

gehalten. Für die zukünftige Arbeit in den Ortsgruppen und Sektionen wurden Richtlinien aufgestellt. Besonders betont wurde, daß die Kleinarbeit und vornehmlich die Hausagitation intensiver als bisher betrieben werden muß. An der Hand praktischer Beispiele und durch Agitationsmaterial wurde gezeigt, wie die Hausagitation im einzelnen zu betreiben ist. Notwendig ist, daß sowohl den vom Verband ausgehenden Flugblättern, Agitationschriften usw. als auch den Rundschreiben der Zentral- und Bezirksleitung eine größere Beachtung geschenkt werden muß. Die jeweils gegebenen Anregungen müssen durch Vermittlung der Ortsgruppenleitung in die Tat umgesetzt werden. Eine Reihe Ortsgruppen weisen gar keine oder nur sehr wenige jugendliche Mitglieder auf. Hier ist noch ein weites Arbeitsfeld, das bei fleißiger Bearbeitung auf einen Erfolg zeitigt. Im Bezirk herrscht eine starke Fluktuation. Es gilt nicht nur neue Mitglieder zu gewinnen, sondern auch diese dem Verbands zu erhalten. Klarheit und genaue Adressen in der Mitgliederliste, kurze Abrechnungsschriften mit den Vertrauensleuten, promptes Meldewesen sind wesentlich zur Einschränkung des großen Wechsels. Es darf nicht vorkommen, daß ein Vertrauensmann die einkassierten Beiträge fünf Wochen oder gar länger im Besitze hat. Alle vierzehn Tage soll das Geld abgeliefert und die Mitgliederkontrolle geführt werden. Einige Ortsgruppen tun dies schon alle acht Tage. Bankrottartige Mitglieder sind sofort dem Vorstand zu melden und dann zu bejuchen. Adressenwechsel eines Mitglieds ist von dem Vertrauensmann sofort zu melden.

Die Vertrauensleute haben eine große Verantwortung, mit idealem Eifer sollen sie an die ihnen gestellten Aufgaben gehen. Wenn das Abrechnungswesen mit den Vertrauensleuten in Ordnung ist, dann klappt es auch mit der Abrechnung. Es ist kein schönes Bild, wenn jedes Quartal einige Summelanten da sind. Promptheit muß in jeder Gruppe herrschen. Dann ist die Arbeit nicht schwer, macht auch Freude. Meistens sind es dieselben, und zwar kleinere Gruppen, in welchen die Arbeit verhältnismäßig leicht ist, die immer auf der Summeliste erdienen. Immerhalb vier Wochen nach Schluß des Vierteljahres muß Zentrale und Bezirksleitung im Besitze der genau ausgefüllten Rechnungen und der Gelder sein. Vorstände und Kassierer haben sich in allem, besonders, was das Unterstützungenwesen anbelangt, genau nach den Statuten zu richten. Etwas anderes gibt es nicht. Wenn wir in allem unsere Pflicht mit freudigem Eifer tun, dann muß es vorwärts gehen.

Auf der Konferenz in Stuttgart wurden noch in besonderer Weise die Verhältnisse der Bezirkskasse erörtert. Betont wurde, daß es sehr unzulässig von einer Ortsgruppe sei und von gewerkschaftlicher Kurzsicht zeuge, wenn versucht wird, die Bezirksbeiträge nicht voll zu leisten. Die Kollegen hemmen dadurch den Bezirk in seiner Arbeitsmöglichkeit, schädigen sich selbst. Nur wenn wir uns regen, kommen wir vorwärts. Eine Entscheidung von den Pflichtbeiträgen kann und darf nicht stattfinden. Das wäre der Anfang der Regellosgigkeit. Daß die Mittel der Bezirkskasse für die Zukunft so nicht mehr ausreichen, darüber war man sich klar. Man hat bereits im Vorjahre die Ortsgruppe Ulm an die Gruppen des Bezirks einen Antrag gestellt dahingehend, daß die Ortsgruppen in Zukunft statt der statutarischen 7 1/2 Prozent und 5 Pfg. pro Mitglied, 10 Prozent und 5 Pfg. an die Bezirkskasse abführen sollten. Diesem Antrag ist bereits eine größere Anzahl Gruppen des Bezirks beigetreten. Einer Beitrags-erhöhung bedurfte es ja hierzu kaum. Folgender Antrag fand

„Die Bezirkskonferenz 1914 stellt an die noch existierenden Gruppen des Bezirks das dringende Ersuchen, dem Antrag Ulm auf Erhöhung der Bezirkskasse (Abführung von 10 Prozent und 5 Pfg. pro Mitglied) reiflich beizutreten. Die vollständige Durchführung soll am 1. Juli geschehen.“

Den zusammenfassenden

Schlußwort

hielt jeweils Kollege Wieber. Unter gespannter Aufmerksamkeit der Anwesenden besprach er die einzelnen Verhandlungspunkte. Bezüglich der Leistungen zur Bezirkskasse sprach er die Erwartung aus, daß die Ortsgruppen nicht nur ihren statutarischen Verpflichtungen nachkommen, sondern auch gemäß dem Antrag Ulm mit allen Kräften für den Ausbau der Agitationsmöglichkeiten im Bezirk Sorge zu tragen. Wenn die Vorstände

und Mitglieder Weitblick und Opferwilligkeit zeigten, soll es auch an der Mitwirkung und Entgegenkommen der Verbandsleitung nicht fehlen. Die gegebenen Anregungen in Agitation und Verwaltung müssen nun überall in Tat und Leben umgesetzt werden. Kollege Wieber wies sodann noch auf die bedeutenden Kämpfe um das Koalitionsrecht, um die Lebensfragen der deutschen Arbeiterchaft hin. Da heißt es zeigen, daß wir kämpfen können und wollen, nicht nur für die Aufrechterhaltung des bestehenden, sondern darüber hinaus für den Fortschritt in der deutschen Arbeiterwelt. Das tun wir am besten dadurch, daß wir die noch abseits der Organisation stehenden Metallarbeiter dem christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands zuführen. Mit einem begeistert ausgebrachten Hoch auf unseren Verband wurden jeweils die Konferenzen geschlossen.

Kollegen und Kolleginnen des Bezirks! Nun vorwärts zu neuer Arbeit und Erfolgen.

Aus der Technikerbewegung

Mit den Organisationen der technischen Privatangeestellten haben wir uns bislang wenig befaßt. Es fehlen anscheinend die Brücken, die von unseren zu ihren Berufsverbänden hinüberzuführen. Trotzdem gibt es eine Anzahl organisatorischer und gewerkschaftlicher Grundfragen und schwebende Probleme wirtschaftlicher und sozialer Natur, die in gleicher oder ähnlicher Weise sowohl die Arbeiter, als auch der technischen und kaufmännischen Angestellten berühren. Der Arbeiterchaft darf daher das Verhalten der erstarkenden Organisation des sogenannten neuen Mittelstandes, zu denen auch die Technikerorganisationen gehören, durchaus nicht gleichgültig sein. Wir haben vielmehr alle Verantwortung, die Stimmungen und Strömungen in diesen Berufskategorien, mit denen uns doch wenigstens die allgemeine Arbeitnehmersolidarität verbindet, dauernd im Auge zu behalten.

In volkswirtschaftlicher Hinsicht nehmen die Techniker eine Zwischenstellung zwischen Unternehmer und Arbeiter ein. Mit der Arbeiterchaft haben sie das Merkmal der wirtschaftlichen Unselbständigkeit gemein, daher bewegt sich die Sozialpolitik der technischen Angestellten in derselben Richtung wie die der Arbeiterchaft. Andererseits rechnen sich die technischen Angestellten nach Herkunft, Ausbildung, gesellschaftlicher Stellung und Lebenshaltung durchweg zum Mittelstande. Im Betriebe ist der Techniker dem Unternehmer gegenüber der Vertrauensmann, er ist sein Vertreter, aber doch der Gehorsame, dem Arbeiter gegenüber ist er der Befehlende, der technisch Führende, aber doch gleich ihm vom Unternehmer wirtschaftlich abhängig. Man kann wohl sagen, der Techniker ist durch technisch-wirtschaftliche Interessen mit dem Unternehmer, durch sozial-wirtschaftliche Interessen mit dem Arbeiter verbunden. Diese Zwischenstellung birgt Konfliktsmöglichkeiten in Fülle und sie führt gerade für den Techniker zu oft unangenehmen Situationen. Die Erwägung dieser Umstände, zu denen sich noch einige weitere Momente gesellen, führt zur Erkenntnis der Eigenart und der Schwierigkeiten der Stellung, in denen sich ein großer Teil der Technikerschaft befindet. Diese Erwägungen lassen es nicht zu, Standpunkt und Taktik der Arbeiter und der Arbeiterorganisationen ohne weiteres als Maßstab an die Verhältnisse der Technikerschaft und deren gewerkschaftlicher Standesorganisation anzulegen. Die in manchen Punkten tiefgehende Verschiedenheit der Verhältnisse muß man bei Vergleichen und Gegenüberstellungen stets im Auge behalten.

Für die deutschen Techniker kommen gegenwärtig hauptsächlich zwei Organisationen in Betracht, der Bund der technisch-industriellen Beamten und der Deutsche Technikerverband. Letzterer stellt im wesentlichen die Organisation der Bautechniker dar, wenn er auch viele Tausende anderer technischer Angestellte, so u. a. namentlich Eisenhochbautechniker, in seinen Reihen zählt. Der Bund t.-i. B. ist in der Hauptsache die Organisation der Industrietechniker. Man sagt ihm zuweilen etwas radikalere Tendenzen nach. Der D. T. V. zählt gegenwärtig etwa 32 000, der B. t.-i. B. etwa 23 000 bis 24 000 Mitglieder. Beide Organisationen sind ihren Mitgliederzahlen nach in der Aufwärtsentwicklung begriffen.

Die beiden Technikerorganisationen haben eine ganz verschiedene Entwicklung hinter sich. Der B. t.-i. B. wurde vor zehn Jahren als reine Arbeitnehmerorganisation mit gewerkschaftlichem Charakter gegründet. Diese Organisationsform hat sich auch für die Arbeitnehmererschaft im Technikerstande durchaus bewährt. Der Deutsche Technikerverband kam in diesem Jahre auf eine 30jährige Tätigkeit zurückblicken. Ursprünglich war er eine gemischte Organisation, die auf der Grundlage der Interessengemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Angehörige beider Gruppen zusammenschloß. Da sich jedoch bei dieser Zusammenfassung und der sich konsequenterweise daraus ergebenden Taktik keine erspriehliche Arbeit im Interesse der die Mehrzahl der Mitglieder bildenden unselbständigen Techniker leisten ließ, ist man nach jahrelangen inneren Kämpfen vor einigen Jahren von diesem Grundsatze abgegangen. Der Deutsche Techniker-Verband stellt seit seinem im Jahre 1912 in Köln abgehaltenen Verbandstage eine rein gewerkschaftliche Standesorganisation dar. Selbständige werden zur Zeit nicht mehr aufgenommen und die Rechte der jetzigen selbständigen Mitglieder wurden derart gekürzt, daß ihr Einfluß gleich Null geworden ist.

Mit dieser Umwandlung, die sich gegen vielerlei Widerstände durchsetzen mußte, trat der Deutsche Techniker-Verband in ein klareres Verhältnis zur gewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft. Ein direktes Zusammengehen mit der Arbeiterchaft wird aus Erwägungen praktischer Natur als ungewinnlich abgelehnt; aus den gleichen Gründen wurde ein solches Zusammengehen von der Arbeiterchaft auch niemals angestrebt. Das Verhältnis des Techniker-Verbandes zu den Arbeiterorganisationen wird vielmehr unwillkürlich bestimmt durch die gemeinsame gewerkschaftliche Organisationsform, Ablehnung der gelben Bewegung, die gleichfalls zu pflegenden Bestrebungen zur Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und ein vielfach mit den Wünschen der Arbeiterchaft übereinstimmendes Interesse an der Erhaltung und Weiterführung der Sozialpolitik. Daß der Deutsche Techniker-Verband auch durchaus auf dem Boden der allgemeinen Arbeitnehmersolidarität steht und auch bestrebt ist, seine Mitglieder in diesem Sinne zu erziehen, hat er bei vielen Gelegenheiten, so u. a. bei großen und kleinen Kämpfen im Baugewerbe, besonders im Jahre 1910, zur Genüge bewiesen.

Zu Pfingsten dieses Jahres hielt der Deutsche Techniker-Verband in Metz seinen 22. ordentlichen Verbandstag ab. Diese Tagung sah ein reiches Arbeitsprogramm vor sich. Der Verlauf hat gezeigt, daß die im Jahre 1912 auf dem Kölner Verbandstage eingeleitete Umwandlung der bisherigen Gemeinshaftsorganisation in eine Arbeitnehmergewerkschaft als abgeschlossen und gelungen bezeichnet werden kann. Die Verhandlungen waren getragen von Schaffensfreudigkeit und von einem

gefunden Optimismus; man ist gesonnen, ernste Standesarbeit im Interesse des Arbeitnehmerstandes zu leisten.

Auf der Tagesordnung nahmen neben Organisations- und internen Standesfragen solche von allgemein-sozialpolitischer Bedeutung einen weiten Raum ein. Es wurden u. a. Referate gehalten und Entschlüsse gefaßt über „Einheitsliches Angelegenheiten- und Beamtenrecht“, „Die Frau im technischen Berufe“, „Der alternde Techniker“, „Nachtarbeitszeit und Mindestlohn“, „Parteilosigkeit Neutralität“, „Das Koalitionsrecht“, „Fortführung der Sozialpolitik“, „Gegen die gelbe Bewegung“, „Zum Bauarbeiterchutz und zur Baukontrollfrage“ usw.

Ein Teil dieser Entschlüsse, namentlich soweit sie allgemein-sozialpolitischer Natur sind und somit auch uns als Arbeiter betreffen, kann auch von der Arbeiterchaft unterschrieben werden. In der Frage des Bauarbeiterchutzes und der Baukontrolle hat der Techniker-Verband für seine künftige Taktik Richtlinien aufgestellt, die im wesentlichen den Forderungen der baugewerblichen Arbeiter entsprechen.

Die Entschlüsse zum Bauarbeiterchutz

hat folgenden Wortlaut:

„Mit der fortschreitenden Entwicklung des Bauesens und der steigenden Tendenz, möglichst schnell und billig zu bauen, sind die Gefahren für Leben und Gesundheit der im Bau beschäftigten Personen gewachsen. Die zur Zeit geltenden Schutzbestimmungen müssen als unzureichend betrachtet werden, weil dieselben nicht einheitlich für das ganze Reich geregelt sind und es an der notwendigen Ueberwachung der Durchführung der einzelstaatlichen Gesetze fehlt.

In Erwägung, daß die technischen Angestellten des Baugewerbes an der Verwirklichung eines gefunden Bauarbeiterchutzes doppelt interessiert sind — als Arbeitnehmer und als verantwortliches Aufsichtsorgan — fordert der 22. Verbandstag des Deutschen Techniker-Verbandes die Schaffung eines Reichsgesetzes, welches den Unfallgesetzen beim Bauen nachdrücklich entgegentritt, insbesondere aber:

- 1. für alle Hoch- und Tiefbauten Unfallverhütungsvorschriften vorseht, die dem Stand der Technik entsprechen und den technischen Fortschritten auf dem Gebiete der Unfallverhütung ständig angepaßt werden,
2. den sittlich sanitären Schutz den heutigen Kulturbedürfnissen entsprechend erweitert,
3. die geregelte Ueberwachung sämtlicher Baubetriebe sicherstellt,
a) durch Verstärkung des technischen Personals der örtlichen Baupolizei,
b) durch Vermehrung der technischen Aufsichtsbeamten, der Berufsgenossenschaften,
c) durch Anstellung von mittleren Technikern als örtliche Baukontrolloren, denen Gehilfen aus dem Arbeiterstande beigegeben werden können.

Sämtliche Aufsichtsorgane müssen völlig unabhängig sein und deshalb vom Staate oder den Gemeinden besoldet werden.

Bis zur Erreichung dieses Zieles ist auf eine Verbesserung des einzelstaatlichen Schutzes und auf die stärkere Heranziehung von mittleren Technikern bei der Kontrolle der Schutzbestimmungen hinzuwirken. Der Verbandstag spricht die Bereitschaft des Verbandes aus, zur Erreichung des Reichsgesetzes mit allen interessierten Kreisen auf neutralem Boden zusammenzuwirken und beauftragt den geschäftsführenden Vorstand, mit den Hauptauschüssen und den in Frage kommenden Organisationen in Verbindung zu treten.

Die führenden Männer des Deutschen Technikerverbandes haben durch diesen Verbandstag und die von großen Gesichtspunkten aus orientierte Behandlung der verschiedensten Fragen bewiesen, daß sie es verstanden haben, ihren früher in seiner Tätigkeit vielfach gehemmten Verband in eine moderne Gewerkschaft umzuwandeln und daß sie die Massen ihrer Mitglieder bis auf verschwindende Ausnahmen in diesem Sinne zu erziehen gewußt haben. Die verdeckten und offenen Widerstände mancher Ortsgruppen und Mitgliederkreise, die dabei zu überwinden waren, sind nicht zu unterschätzen. Um so höher ist es anzuschlagen, daß der D. T. V. sich nunmehr rückhaltlos auf den Arbeitnehmerstandpunkt stellt und sich in seinen Maßnahmen nicht von einem falschen Standesdünkel und einem krassen Egoismus, der selber auch heute noch in den Köpfen einer Minorität von Mitgliedern spukt, leiten läßt. Für seine Stellungnahme zur Frage des Bauarbeiterchutzes und der Baukontrolle, wobei der Technikerverband auch den Baukontrolloren aus den Arbeiterkreisen gelten läßt, wird die Arbeiterchaft dem Technikerverbande Dank wissen. Durch gegenseitige Rücksichtnahme und den beiderseitigen Willen zum Verstehen des anderen werden unwillkürlich Sympathien ausgelöst, deren Wert und Wirkung nicht zu unterschätzen ist. Es ist anzuerkennen, daß gerade der D. T. V. in den letzten Jahren eine gewaltige Erziehungsarbeit in den Reihen seiner Mitglieder geleistet, und daß er großes Gewicht auf die volkswirtschaftliche und soziale Schulung seiner Mitglieder legt. Der Mehrer Verbandstag ist ein Beweis dafür. Auch wir werden es uns angelegen sein lassen, das Prinzip der Neutralität, des Verstehens und der gegenseitigen Achtung aufrecht zu erhalten. R. B.

Die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zu den Oberversicherungsämtern

In einer früheren Nummer wiesen wir bei der Besprechung der bevorstehenden Wahlen zu den Ausschüssen der Invalidenversicherungsanstalten bereits darauf hin, daß auch die Wahlen zu den Oberversicherungsämtern vor den oberen Behörden vorbereitet werden. Die Vorbereitungen sollen nach den Anordnungen des preussischen Handelsministers z. B. von den nachgeordneten Behörden so frühzeitig erledigt sein, daß die Aufforderung an die wahlberechtigten Versichertenvertreter an den Oberversicherungsämtern zur Wahl und zur Einreichung von Wahlvorschlagslisten spätestens Anfangs Juli erfolgen kann. Bereits am 1. Oktober sollen die neugewählten Beisitzer an den Oberversicherungsämtern ihr Amt antreten und dann die nichtständigen Mitglieder zum Reichsversicherungsamt wählen, so daß letztere am 1. Januar 1915 ihre Tätigkeit beginnen können. Die Wahlzeit der jetzigen Beisitzer an den Oberversicherungsämtern läuft also am 1. Oktober 1914 ab, so daß in späteren Jahren die Vorbereitungen für die Wahlen nach Abschluß der Wahlen für die Vertreter bei den Versicherungsämtern im Juli des Jahres, in dem die Wahlperiode abläuft, zu beginnen haben.

Die Zusammensetzung des Oberversicherungsamts und die Wahl der Beisitzer. Das Oberversicherungsamt besteht aus Mitgliedern und Beisitzern. Es hat außer dem Direktor mindestens noch ein Mitglied. Ein Mitglied fun-

giert zugleich als Stellvertreter des Direktors. Für jedes Mitglied wird mindestens ein Stellvertreter bestellt. Die Mitglieder werden im Hauptamt oder für die Dauer des Hauptamts aus der Zahl der öffentlichen Beamten, der Direktor auf Lebenszeit oder nach Landesrecht unwiderruflich ernannt. (§§ 68, 69 RVO.) Die oberste Verwaltungsbehörde kann bestimmen, daß dem Direktor noch andere Dienstgeschäfte übertragen werden und daß die übrigen Mitglieder, sowie bei besonderen Oberversicherungsämtern auch der Direktor, das Amt im Nebenberuf ausüben. (§ 70.) Die Beisitzer werden je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Versicherten gewählt. Die Zahl der Beisitzer beträgt vierzig; sie kann von der obersten Verwaltungsbehörde erhöht oder vermindert werden. Ein Beisitzer darf nicht zugleich nichtständiges Mitglied des Reichs- oder eines Landesversicherungsamts sein. (§ 71.)

Die Beisitzer aus den Versicherten werden von den Versichertenvertretern bei den Versicherungsämtern des Bezirks des Oberversicherungsamts nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Die Stimmenzahl der Versichertenvertreter wird nach der Zahl der Krankenkassenmitglieder des Bezirks ihres Versicherungsamts (§ RVO.) von dem Oberversicherungsamt festgelegt. Die Wahl geschieht schriftlich. Der Direktor des Oberversicherungsamts leitet die Wahl. Bei Streit über die Wahl entscheidet das Oberversicherungsamt (Beschlusskammer) endgültig.

Bei besonderen Oberversicherungsämtern, wie sie für die Dienstbetriebe des Reichs, der Bundesstaaten, die eigene Betriebskrankenkassen haben, sowie für Gruppen von Betrieben, für deren Beschäftigte Sonderanstalten die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung besorgen, und für Gruppen von Betrieben, die Knappschaftsvereinen oder Knappschaftskassen angehören, errichtet werden können und auch errichtet worden sind, werden die Versichertenbeisitzer ebenfalls nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt, und zwar von den Versicherten aus dem Kreis der Betriebskrankenkasse oder der Sonderanstalt oder von den Knappschaftsältesten. Soweit Knappschaftsvereine oder Knappschaftskassen als Sonderanstalt zugelassen sind oder zu einer Sonderanstalt gehören, wählen auch hier die Knappschaftsältesten, soweit eine Sonderanstalt keinen Ausschuss hat, wählen die in einem anderen Verwaltungsorgan vorhandenen Versichertenvertreter. Die oberste Verwaltungsbehörde (Ministerium) bestimmt das Nähere.

Wer kann als Beisitzer gewählt werden? Als Versichertenbeisitzer kann jeder bei der Unfall- oder Invalidenversicherung versicherte volljährige deutsche Arbeitnehmer, der im Bezirk wohnt oder arbeitet und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, gewählt werden. Bei der Aufstellung von Kandidaten sollte man stets beachten, daß diese, wenn sie bereits Versichertenvertreter am Versicherungsamt sind, aus diesem Amte ausscheiden müssen, wenn sie als Beisitzer in das Oberversicherungsamt gewählt werden, Krankenkassenvertreter dagegen können, ob sie Ausschuss- oder Vorstandsmitglieder sind, in das Oberversicherungsamt gewählt werden, ohne aus dem bisherigen Amte ausscheiden zu müssen.

Die vorzuschlagenden Personen sollen mindestens je zur Hälfte an der Unfallversicherung beteiligt sein (§§ 48, 76) und in der Reihenfolge aufgeführt werden, daß mindestens jeder an ungerader Stelle vorgeschlagene an der Unfallversicherung beteiligt ist. Ein Mindestteil soll der Landwirtschaft angehören, auch sollen die hauptsächlichsten Erwerbszweige und die verschiedenen Teile des Bezirks berücksichtigt werden. (§§ 49, 76.) Sie sollen ferner mindestens zu einem Drittel am Orte des Oberversicherungsamts selbst oder nicht über 15 Kilometer entfernt wohnen oder beschäftigt sein. Jede Vorschlagsliste hat dreimal soviel Namen zu enthalten, als Versichertenbeisitzer zu wählen sind. Die Vorschlagslisten müssen von mindestens fünf Wahlberechtigten unter Benennung eines für weitere Verhandlungen bevollmächtigten Vertreters aus der Mitte der Unterzeichner unterschrieben sein. Der Vertreter soll am Orte des Oberversicherungsamts wohnen oder beschäftigt sein. Bei der Aufstellung der Liste ist noch zu beachten, daß jeder Kandidat eine schriftliche Erklärung dem Wahlleiter übermitteln muß, dahingehend, daß er im Falle seiner Wahl bereit ist, das Amt anzunehmen.

Die genauere Bestimmung über die Kandidaten sowie der Unterzeichner usw. sind aus der Wahlordnung, die sich unsere Wahlleiter selbstverständlich alsbald besorgen müssen, ersichtlich.

Die Bedeutung der Oberversicherungsamts wahlen. Welche enorme Bedeutung den bevorstehenden Wahlen zu den Oberversicherungsämtern beizumessen ist, geht am besten aus den Funktionen und Rechten der Oberversicherungsämter hervor. Das Oberversicherungsamt bildet die über die Versicherungsämter seines Bezirks stehende höhere Beschluss- und Spruchbehörde. Es entscheidet in Krankensachen als zweite Instanz. In Unfall- und Invalidensachen ist es in den meisten Fällen jetzt die letzte entscheidende Instanz. In das Reichsversicherungsamt gelangen in den Rekursachen nur noch die Fälle von prinzipieller Bedeutung, die Dauerrenten und die Revisionen zur Entscheidung. Das Oberversicherungsamt entscheidet ferner bei Wahlstreitigkeiten, genehmigt die Pauschalbeträge der Vertreter, es setzt den so bedeutsamen Ortslohn fest, genehmigt die Krankenkassenleistungen und die Dienstordnung der Krankenkassenbeamten, entscheidet Streitigkeiten wegen der Beiträge, genehmigt die Zahlung von den Kassenverbänden, entscheidet Beschwerde gegen Ablehnung der Aufnahme von Betrieben in die Unfall-V.-G., entscheidet Beschwerden über Beitragsleistungen sowie über Beitragspflicht des Bauherrn oder Zwischenunternehmers und bei Beitragsfreistellung als Beschwerdeinstanz in der Invalidenversicherung. Es entscheidet ferner über Berufungen und über die Zulassung zum „geschäftsmäßigen Verhandeln“ vor dem Versicherungs- und Oberversicherungsamt usw. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Beisitzer an den Versicherungsämtern außerdem das Recht haben, die nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes und der drei Landesversicherungsämter (in Bayern, Sachsen und Baden) zu wählen.

Weil die Oberversicherungsämter durch die neue Reichsversicherungsordnung noch erhöhte Bedeutung erlangt haben, müssen dort die tüchtigsten und kenntnisreichsten christlich-nationalen Arbeitervertreter hinein. Von den christlich-nationalen Beisitzern an den Versicherungsämtern darf wohl erwartet werden, daß sie am Tage der Wahl Mann für Mann antreten und die christlich-nationale Liste wählen. Es darf unter keinen Umständen eine Zersplitterung stattfinden, diese könnte nur dem gemeinsamen Gegner zugute kommen. Die von der obersten Wahlleitung ernannten oberen Wahlleiter sowie die örtlichen Wahlleiter werden rechtzeitig die Vorschlagsliste gemeinsam aufstellen, rechtzeitig einfinden und den Beisitzern an den Versicherungsämtern die Stimmzettel übermitteln. Die letzteren aber mögen die Stimmzettel später ausnützen und für die christlich-nationale Liste auch bei den andern nichtorganisierten Versicherungsamtsbeisitzern

agittieren, um noch manchen Schwankenden zu gewinnen, damit auch die so wichtigen Wahlen zu den Oberversicherungsämtern zum Heil und Segen der christlichen Arbeiterchaft ausfallen.

Allgemeine Rundschau

Das Gerede von der sozialpolitischen Belastung ein Märchen

Bekanntlich stöhnen die Scharfmacher aller Grade Sein und Sein über die sozialpolitische Belastung. Eine mit von den lautesten Rufem ist das Organ der Montanindustrie die Rheinisch-Westfälische Zeitung. Am 11. Mai (Nr. 585) schüttelte sie grimmig ihre teutonische Mähne über die Tagung der Gesellschaft für Soziale Reform und schrieb unter anderem:

„Auch diese Versammlung einer gerade im Bürgertum als fastlich hochansehnlich geachteten Vereinigung hat also wieder erwiesen, daß die Zahl der blinden Theoretiker und der Menschenfreunde auf jeden Fall immer noch eine erstaunlich große ist. Es ist nur ein Glück, daß das Gegengewicht der Vernunft stark genug ist, um diesen Unfug weit vom Erdboden zu halten.“

Entschädener kann man die Sozialreform und alles was in ihren Aufgabenkreis fällt wohl nicht verdamnen, mit Worten wenigstens nicht. Die Gründe zu diesen Verbammungsurteilen werden immer hergeleitet aus der angeblich unerträglich-träglichen sozialpolitischen Belastung. Daß diese Behauptung der Scharfmacher nur von Profitinteressen diktiert und absolut unhaltbar ist, haben wir schon öfter nachgewiesen. Jetzt beweist es auch ausgerechnet die Rheinisch-Westfälische Zeitung; sie schreibt unter der Ueberschrift: „Ein sozialer Erinnerungstag“:

„Die deutsche Sozialpolitik feiert am 24. Mai ein Jubiläum, welches sich den historischen Erinnerungsfeiern unserer Vorfahren würdig an die Seite stellen kann. Vor fünfundsiebzig Jahren wurde im deutschen Reichstage das große Werk sozialer Hilfe durch die Annahme der Invaliditäts- und Altersversicherung abgeschlossen. Den kranken, verletzten und gealterten deutschen Arbeitern wurde ein fester Rückhalt für ihren Lebenskampf gegeben. Das Elend wurde nach menschlicher Möglichkeit von der Landstraße und von den Wohnungen der Arbeiter ferngehalten. Frau Sorge konnte in ihrer grimmigsten Gestalt nicht mehr durchs Schlüsselloch in die Häuser ziehen. Das neue Deutsche Reich gab seinen Söhnen nicht nur einen Staat, sondern ein Heim. Viel Für und Wider hat sich im Streit um die soziale Gesetzgebung erhoben und Lob und Tadel haben wahre Wort gefunden, aber über alles hinaus muß die Tatsache ragen, daß in diesem Staate als Heim blieben, die früher den Weg über den Ozean gesucht hatten. Die soziale Gesetzgebung legte der deutschen Produktionsarbeit schwere Lasten auf, und es ist das beste Zeugnis für die innere Gesundheit unserer Gewerbe und Industrien, daß die Lasten nicht erdrückend wirken konnten.“

Na also, wenn die Lasten nicht erdrückend wirkten, statt dessen riesenhafte Gewinne zu verzeichnen waren, warum das Geschwafel von der „unerträglich-träglichen sozialpolitischen Belastung“.

Unsere Großindustrie sollte sich schämen, daß sie der lauteste Rufem in diesem Kampf gegen die notleidende Arbeiterchaft ist.

Scharfmachereien auf einem Betriebskrankentag

Der Verband deutscher Betriebskrankenkassen hielt am 20. Mai in Strassburg i. E. seine Hauptversammlung ab. Ein Punkt aus den Verhandlungen verdient eine nähere Beleuchtung. Professor Dr. Stier-Somlo von der Kölner Handelshochschule hielt einen Vortrag über die „Grenzen der Sozialversicherung“, dessen Inhalt und Schlussfolgerungen in weiten Kreisen der Defektivität Befremden und heftigen Widerspruch hervorgerufen werden. Der Redner wandte sich nämlich gegen eine angebliche Ueberspannung des sozialpolitischen Gedankens, die im höchsten Maße gefährlich werden könne. Ferner machte er Stimmung gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung, die zur Zeit noch nicht zu empfehlen sei. Professor Dr. Stier-Somlo behauptet, daß die Arbeitslosenversicherung, „wenn in absehbarer Zeit eingeführt, auf dem morphen Unterbau eines vollkommen unzulänglichen Zahlenmaterials, auf nicht zureichender Kenntnis und Einzelerfahrung und mit unabsehbaren Folgen für die deutsche Volkswirtschaft errichtet werden würde.“

Diese soziale Flaumcherei fand bei den Teilnehmern des Betriebskrankentages bezeichnender Weise lebhaften Zustimmung. Der Sachmann fragt sich allerdings erstaunt, welches Interesse denn die Krankenkassen an einer Verneinung der Arbeitslosenversicherung haben können? Ist es doch eine feststehende Tatsache, daß die Krankenkassen durch eine Arbeitslosenversicherung beträchtlich entlastet würden. Die in Strassburg versammelten Betriebskrankenkassenvertreter haben mithin keine Krankeninteressen, sondern nur die Interessen des reaktionären Unternehmertums vertreten.

In allen sozialgesinnten Volkskreisen wird es peinlich betrahen, daß der bisher als fortschrittlicher Versicherungspraktiker angesehene Professor Stier-Somlo in dieser Weise zu sozialpolitischen Tagesfragen Stellung genommen hat. Er ist anscheinend in die Bahnen des „Kathederkapitalisten“ Bernhard eingeschwenkt und erlöst — im Gegensatz zu früher — nunmehr seine Aufgabe darin, den sozialen Flaumcharen und Bremsern Helfersdienste zu leisten. Daß derartige Strömungen auf dem Verbandstag der Betriebskrankenkassen Zustimmung fanden, dürfte den Versichertenvertretern in den Betriebskrankenkassen nahelegen, einmal genau nachzuprüfen, ob die Beiträge zu diesem Betriebskrankenkassenverband etwa aus Kassennitteln bezahlt werden. Sollte dies der Fall sein, dann müßten die Arbeitervertreter sofort Einspruch dagegen erheben. Laut Par. 414 der Reichsversicherungsordnung dürfen Beiträge für Verbände nur dann aus Kassennitteln bestritten werden, wenn beide Teile — Versicherte und Arbeitgeber — in der Mehrheit dafür sind. Die Arbeiter der Betriebskrankenkassen haben alle Ursache, sich dagegen zu verwahren, daß Kassennittel für Verbände hergegeben werden, die nur die Geschäfte des Scharfmachertums besorgen.

Bauarbeiterchutz-Konferenzen

Der geschäftsführende Ausschuss der Zentralkasse der christlichen Gewerkschaften für Bauarbeiterchutz hat für die Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln je eine Bauarbeiterchutz-Konferenz anberaumt. Zweck der Konferenzen ist: „Besprechung der Lage des Bauarbeiterchutzes in den genannten Gebieten und Stellungnahme zu den bestehenden Schutzmaßnahmen.“ Als Referenten sind gewonnen die Kollegen: Sutterbrodt-Köln, Brauer-Düsseldorf und Bekum-Bogham.

Die erste Konferenz findet für den Regierungsbezirk Düsseldorf am Sonntag, den 14. Juni, vormittags 11 Uhr in Düsseldorf im Restaurant Rheinhof, Benratherstraße statt.

Für den Regierungsbezirk Köln ist die Konferenz auf den 21. Juni anderwärts; für Düsseldorf im Restaurant Borussia, Hohenzollernring 66 und beginnt um 11 Uhr morgens.

Ueber die Besichtigung der Konferenzen erfolgen nähere Anweisungen der am Bauarbeiterschutz interessierten Gewerkschaftsverbände.

Die sozialdemokratische Jugendarbeit

wird von Jahr zu Jahr umfangreicher und rühriger. In der Nummer 19 des Korrespondenzblattes berichtet die Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften u. a. auch über die Tätigkeit der Zentralfstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, die bekanntlich von den sozialdemokratischen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei gemeinsam unterhalten wird.

Trotz der großen Aufwendungen der staatlichen Jugendpflege ist also die sozialdemokratische Jugendbewegung in diesem Jahre wieder vorwärts gegangen, ein Beweis mehr dafür, daß die christlichen Gewerkschaften alle Veranlassung haben, im Kampf um die Jugend tatkräftig mitzuwirken und sich ihren Anteil an der heranwachsenden Arbeiterjugend zu sichern.

Streiks und Lohnbewegungen

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Altenessen. Bei der Karosseriefabrik Wehling stehen die Arbeiter zwecks Anerkennung eines Tarifvertrages in Kündigung.

Breslau. Auf der Waggonfabrik Linke-Hoffmann stehen die Arbeiter im Streik.

Hafpe. Bei der Firma Ackermann stehen die Farmer wegen Akkordabzuges im Streik.

Krefeld. Bei sämtlichen Firmen der Vereinigung Krefelder Elektro-Installationsfirmen stehen die Monteur und Hilfsmonteur wegen Tarifbruch der Arbeitgeber in Streik.

München. Die Arbeiter der Karosserie- und Lkwwagenfabriken stehen im Streik.

Soflagen. Die Waffenarbeiter sind ausgesperrt.

Wiesbaden. Die Arbeiter der Firma Anton Hamm stehen im Streik.

Zugzug ist fernzuhalten.

Zur Blechwerkbewegung in Baden

Die Bewegungen im Südwestdeutschen Blechwerk (Spengler-) Gewerbe machen von Jahr zu Jahr immer mehr von sich reden, weniger wegen ihres Umfanges, als vielmehr wegen der Haltung des Arbeitgeberverbandes einerseits und des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes andererseits. Seit Jahren ging das Bestreben der Arbeitgeber im süddeutschen Spenglergewerbe dahin, die bestehenden örtlichen Tarife durch solche auf zentraler Grundlage zu ersetzen.

Für den Mannheim Bezirk fand im Jahre 1913 eine Erneuerung der Tarife statt. Auch da hat die Leitung des Metallarbeiterverbandes gegenüber dem Verband eine eigenartige Haltung eingenommen und die 1911 begonnene Ausdehnungspolitik fortgesetzt. (Siehe Verbandsorgan Nr. 30, 1913.) Bei diesen Verhandlungen wurde auch zwischen dem Arbeitgeberverband und dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband ein sog. Mantelvertrag vereinbart.

Sonderabmachungen jeder Art, die gegen vorstehende Tarifbestimmungen verstoßen, sind ohne Zustimmung der Schlichtungskommission nicht zulässig.

Uebereinigungen der einzelnen örtlichen Vereinbarungen auf andere Korporationen können nur mit Zustimmung der beiderseits unterzeichnenden Parteien erfolgen.

Damit haben die Arbeitgeber vollständig das Recht aus der Hand gegeben, selbständig mit einer anderen Organisation einen Tarif abzuschließen. Daß sie dieses während der Tarifdauer nicht tun dürfen, dafür sorgt schon der rote Verband. Das Wörtchen „beiderseits“ dient nur dazu, der Sache äußerlich einen andern Anstrich zu geben.

Wenn man die gegenwärtigen Verlautbarungen der Arbeitgeberorganisationen gegen die deutsche Sozialpolitik, gegen die Arbeiterorganisation und ihre Propaganda für den sog. Arbeitswilligen zum angeblichen Bekämpfung des sozialdemokratischen Terrorismus hört, so mutet es einen sonderbar zu zu hören, wie andererseits eine Arbeitgeberorganisation zu gleicher Zeit die Arbeiterverhältnisse ihres Gewerbes in die Hände der sozialdemokratischen Gewerkschaften gibt.

Zum 31. März 1914 hat nun der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in Baden, Elsaß und Württemberg eine Reihe Tarife gekündigt. Für die zentralen Verhandlungen konnte der sozialdemokratische Verband — dank der auch hier wiederum eingenommenen Haltung des Arbeitgeberverbandes — keine Monopolstellung austreten erhalten.

Gegenüber dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, der sonst über andere ein nicht laut genug ertöndendes Indianergeschrei anzuhören pflegt, muß gesagt werden, daß wir im christlichen Metallarbeiterverband nicht bummaläufig sind, Bewegungen und Streiks zu unterstützen, damit der rote Verband Monopolverträge gegen andere Organisationen abschließen kann, das wäre Selbstmord.

Das ist die Haltung, die wir gegenüber dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband einnehmen. Wir wissen die Bedeutung des Koalitionsrechts zu würdigen, auf sozialdemokratischer Seite weiß man das anscheinend nicht. Am letzten Ende — das mögen sich die Genossen gesagt sein lassen — haben die christl. nationalen Arbeiter an einem Koalitionsrecht, das nur zur Erreichung sozialdemokratischer Tarife und Arbeitsmonopols führen soll, kein Interesse.

Haspe. (Zum Streik bei der Firma S. O. Ackermann.) Die Farmer und Gießerarbeiten der Gießerei Ackermann stehen seit dem 25. März im Kampf um ihre Rechte.

Die bisher gemachten Versuche den Kampf zum Abschluß zu bringen, waren vergebens, führten am Samstag der Firma. Die kleinsten Einkünfte werden jetzt angestrebt, um den Arbeitslosen die Fortführung des Kampfes zu erleichtern. Der Kampf soll helfen! Es mußte in den ersten acht Wochen tagtäglich die Polizei auf dem Platze erscheinen,

um die Streikposten zu überwachen. Zuletzt scheint indes die Polizei wohl eingesehen zu haben, daß es für sie anderes zu tun gibt, als ruhige Streikposten zu kontrollieren.

Einige von den streikenden Kollegen sollen Drohungen ausgesprochen haben gegenüber den Arbeitswilligen. Selbstverständlich mußte das der Polizei mitgeteilt werden, die denn ihrerseits auch das Verfahren eröffnete.

Der erste „Verbrecher“ stand am 5. Juni vor den Schranken des Hesper Schöffengerichts. Zu dem „Arbeitswilligen“ Thimm sollte der Former S. gesagt haben, „wir haben dir die Knochen kaputt“. In Haspe ist nun allerlei möglich, indes der Verlauf des Prozesses dort hat uns erstaunt gemacht. Zunächst wurde der Betriebsleiter Wulfershorn von der bestreikten Firma Ackermann darüber vernommen, wie der Streik entstanden sei.

Auf die nunmehr an den Beklagten gerichtete Frage des Richters, ob er den Arbeitswilligen im erwähnten Sinne bedroht habe, antwortete dieser mit nein. Auch der Former D., der bei der fraglichen Unterredung mit anwesend war, bei der die Drohung ausgesprochen worden sein soll, hatte nichts davon gehört.

Auf die nunmehr an den Beklagten gerichtete Frage des Richters, ob er den Arbeitswilligen im erwähnten Sinne bedroht habe, antwortete dieser mit nein. Auch der Former D., der bei der fraglichen Unterredung mit anwesend war, bei der die Drohung ausgesprochen worden sein soll, hatte nichts davon gehört.

Im Uebrigen dürfte die Firma Ackermann schon bald einsehen, daß auf derartigem Wege die streikenden Arbeiter nicht klein zu kriegen sind. Jetzt werden sie erst recht zusammengehalten. Und die übrige Arbeiterschaft wird alles tun, um ihren Kollegen von Ackermann zum Siege zu verhelfen.

Am Uebrigen dürfte die Firma Ackermann schon bald einsehen, daß auf derartigem Wege die streikenden Arbeiter nicht klein zu kriegen sind. Jetzt werden sie erst recht zusammengehalten. Und die übrige Arbeiterschaft wird alles tun, um ihren Kollegen von Ackermann zum Siege zu verhelfen.

Singen a. J. Zwischen der Firma Waibel u. Co., mechanische Blecherei und Installationsgeschäft in Singen und dem christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands wurde unter Aufhebung des im Jahre 1912 abgeschlossenen Vertrags ein neuer Tarifvertrag mit Wirkung ab 1. Juni 1914 abgeschlossen. Es tritt sofort eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 58 Stunden pro Woche, ab 1. Januar 1915 auf 57 Stunden und ab 1. April 1915 auf 56 Stunden ein.

Bei dieser Tarifbewegung verfuhr der sozialdemokratische Metallarbeiterverband von der Firma die Anerkennung eines sozialdemokratischen Tarifmonopols und den Abschluß des christlichen Metallarbeiterverbandes vom Vertrag, zu erzwingen. Dieses terroristische Verhalten spricht jeder gerechten Arbeiteremuliersvertretung Hohn und kann nicht scharf genug verurteilt werden.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 14. Juni der fünfundschwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. Juni fällig.

Die Ortsverwaltung Düsseldorf erhält die Genehmigung mit Ausnahme der Jugendklasse auf sämtliche Beitragsmarken einen Lokalguldschlag von 15 Pfennig ab 1. Juli zur Aufrechterhaltung der dort geschaffenen lokalen Einrichtungen zu erheben.

Aus dem Verbandsgebiet

Bezugs-Saar. (Zechenmetallarbeiter.) Ein Bezugs-Kollege schreibt uns: Durch unsere Organisation, den christlichen Metallarbeiterverband, haben wir in manchen Punkten Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreicht. Freilich muß noch manches geschehen, sollen die in unserem Reformprogramm aufgestellten Forderungen erreicht werden.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Verhältnisse dieser Kollegen sind sehr verbesserungsbedürftig.

Der Höchstsichtlohn beträgt 3,60 M. Denselben erhalten Leute, welche 15 bis 20 Jahre auf dieser Beche gearbeitet haben. Die Heizer und Maschinisten sind nur an ihre Schichtlöhne gebunden, während man bei den Handwerkern noch das Anreizungsmittel „den Akkord“ hat.

Duisburg. (Gas- und Wasserwerk.) In städtischen Werken und Betrieben stehen durchweg die Arbeitsbedingungen nicht auf derselben Höhe wie in der Privatindustrie, obgleich sie doch eigentlich müßergünstig sein sollten.

Auch mit vielen anderen Dingen ist man in Gas- und Wasserwerk nicht zufrieden. Vor allem werden die Strafbestimmungen für Zuspätkommen und Fehlen als zu hart empfunden.

Trotzdem in der Arbeitsordnung für gelernte Arbeiter 14 Tage Kündigung vorgesehen sind, mußten in letzter Zeit eine Anzahl Installateure einen Kaders unterschreiben, daß sie ohne Kündigung arbeitslos werden.

Ein besonderes Schmerzenskind ist der Arbeiterausschuß. Durch das jetzige Wahlsystem sind die S n t k l a t u r e benachteiligt, weil es ihnen nicht möglich ist, einen ihrer Kollegen in den Ausschuß zu wählen.

Alles in allem haben die Arbeiter des städtischen Gas- und Wasserwerkes manchen Grund zur Unzufriedenheit. Das eine mögen sich aber die Kollegen gesagt sein lassen: mit Klagen und lamentieren wird nichts geändert, sondern nur durch den festen Willen zur Tat.

Schließt Euch der Organisation an. Die Organisation ist die Stelle, bei der die Klagen angebracht werden können. Die Organisation faßt sie zusammen und unterbreitet die Beschwerden der Verwaltung. Nur dann ist an Abhilfe zu denken.

Diejenigen Kollegen, welche der Organisation fernstehen, tragen allein die Schuld, wenn Verbesserungen nicht durchgeführt werden können. Wer wollte einen solchen Vorwurf noch weiter auf sich lasten sehen? Darum Mann für Mann hinein in den christlichen Metallarbeiterverband, an die Seite der einsichtigen und zielbewußt vorwärtsstrebenden Kollegen, dann wird sich alles finden.

Duisburg. (Verwaltungsstelle.) Im Anschluß an unsere Vertrauensmännerkonferenz am 17. Mai, fand die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle statt. Kollege Pitlok erstattete den Bericht für das verlossene Quartal.

Die Wirtschaftslage hat sich gegenüber dem 4. Quartal 1913 nicht wesentlich verändert. In mehreren Betrieben werden Ueberstunden geleistet. Ein Werk legte jede Woche wegen Mangel an Aufträgen eine Feiertagsruhe ein.

An dem inneren Ausbau der Organisation wurde planmäßig weitergearbeitet. Da wir mit der Dezentralisation in den letzten Jahren gute Erfahrungen gemacht haben, gründeten wir durch Aufteilung großer Ortsgruppen neue Zahlstellen.

Die planmäßig betriebene Verarbeitung brachte gute Erfolge. Insgesamt wurden 318 Neuaufnahmen erzielt. Dies ist in der Hauptaufgabe auf die in den meisten Ortsgruppen durchgeführte Hausagitation zurückzuführen.

spornen dieselben unter Hinweis auf die gegenwärtige Lage im hiesigen Industriebezirk und in der gesamten Arbeiterbewegung zu intensiver Werbearbeit an. Tatkraftig griffen unsere Kollegen in die Agitation ein. Bemängelt muß werden, daß manche Mitglieder nicht die nötige Ausdauer bei der Hausagitation an den Tag legten.

Table with 4 columns: Name der Sektion, Zahl der an der Hausagitation beteiligten Kollegen, Zahl der Hausbesuche, Zahl der Aufnahmen. Rows include Duisburg-Stadt, Hochfeld, Neudorf, Wanheimerort, Wanheim, Beek, Laar, Meiderich, Hamborn, Margloh, Buchholz, Großenbaum, Rheinhausen, Homberg.

Auch die Betriebsagitation wurde nicht vernachlässigt. Es gelang uns in zwei wichtigen Betrieben die Mitgliederzahl bedeutend zu steigern. Die Gesamtzahl der Neuaufnahmen auf 100 vorhandene Mitglieder, ist, obwohl die Verhältnisse im ganzen Bezirk voneinander nicht bedeutend abweichen, in den einzelnen Zahlstellen sehr verschieden.

Der Markenumsatz hat mit der Entwicklung der Mitgliederzahlen nicht gleichen Schritt gehalten. Die durchschnittliche Beitragsleistung pro Mitglied betrug 11,07 Mark, gegen 12,18 im 1. Quartal 1913. Weniger wie 11 Mark haben folgende Sektionen: Beek 10,5, Großenbaum 10,8, Rheinhausen 10,8, Margloh 10,6.

An Unterstufungen wurden 3072,67 Mark ausgezahlt. Der Lokalkassenbestand hat leider einen Rückgang um 106,00 erfahren.

Größere Lohnbewegungen fanden nicht statt. In der Oberbauabteilung der Gewerkschaft Deutscher Kaiser erfolgte eine Lohnrückzahlung von 5 Prozent. Nachdem mehrere Betriebsversammlungen stattgefunden hatten, wurde das Gerücht im Werk verbreitet, nach dem der Abzug rückgängig gemacht werden sollte.

Ueber die Gießerei der Niederrheinischen Hütte wurde die Sperre verhängt. Trotzdem nahm der sozialdemokratisch organisierte Former Pauli dort Arbeit an.

In der Bohrrohreiherei der Hahnischen Werke wurden die Akkordarbeiten, wie schon berichtet, trotz Bestehen eines Vertrages um fünf Prozent gekürzt. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, dem die meisten Arbeiter dieses Betriebes als Mitglieder angehören, hat bis zur Stunde keine ernsthaften Maßnahmen ergriffen, um den Hahnischen Werken Vertragstreue beizubringen.

Dem eingehenden Bericht folgte eine lebhafte Aussprache, an der sich besonders die Meidericher Kollegen beteiligten. Der Vorsitzende, Kollege Burgard, brachte das Schreiben unseres Verbandsvorsitzenden, betreffend die Frühjahrsagitation zur Besprechung.

Der Vorschlag des Vorstandes, in künftigen Generalversammlungen neben dem Geschäftsbericht keinen Vortrag halten zu lassen, damit möglichst viele Kollegen in die Diskussion einreifen können, wurde zum Beschluß erhoben. Um die Fluktuation einzudämmen, sollen die Ausgetretenen in allen Sektionen jede Woche dem Vorstand gemeldet werden.

Am den Versammlungsbuch zu heben wurde im Jahre 1912 beschloffen, solchen Mitgliedern, die im Jahre mindestens 8 Versammlungen besucht haben, im Falle der Arbeitslosigkeit und Krankheit, die Beiträge aus der Lokalkasse zu bezahlen.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden, in dem die Mitglieder besonders angesprochen wurden in der Kleinarbeit intensio tätig zu sein, wurde die Versammlung geschlossen.

Hamm. (Westf.). Der Hirsch-Dunker'sche „Geistesleuchtturm“ in der Hochburg der Christen jubiliert. Das Ergebnis der letzten Beisitzerwahlen zum hiesigen Versicherungsamt, wobei die Hirsche von 6 Sitzen einen für sich holen konnten, hat's ihm angetan.

Wie wenig aber die Hirsche Veranlassung haben zu ihrem Jubel, erhellt zunächst aus der Tatsache, daß von unserer Seite eine Reihe von Vertretern unbedingt verhindert waren, darunter ein solcher, welcher für 498 Versicherte wählte.

Wie es mit der erfolgreichen „Benennung der christlichen Hochburg“ aussieht, beweist der Umstand, daß sich der Gewerksverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter allein im vorigen Jahre in Hamm um 64 Mitglieder rückwärts „entwickelte“.

Die jüngsten Ereignisse in der hiesigen Metallarbeiterschaft verdienen, teils mit einem heiteren und teils mit einem trüben Auge angesehen zu werden. Nachdem für die Arbeiter der hiesigen Gabelfabrik unser Verband schon wiederholt erfolgreich wirken konnte, ist es seiner Initiative zu verdanken, daß auf dem Werke auch ein Arbeiterausschuß ins Leben treten konnte.

Wie Tag und Nacht sieht dieses Verhältnis ab, gegenüber den Zuständen auf dem Sohler'schen Walzwerk. Mit einer grenzenlosen Verärgerung wurde hier zunächst den Bestrebungen der Arbeiter, geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse und bessere Behandlung herbeizuführen, entgegengearbeitet.

„Da Sie längere Zeit nicht zur Arbeit erschienen sind, so mußten wir Ihren Posten anderweitig besetzen und sehen uns daher genötigt, Ihnen hiermit zu kündigen und zwar auf heute in vierzehn Tagen.“

Wer berücksichtigt, unter welchen Umständen die Arbeiter in den kleinen primitiven Walzwerken arbeiten müssen, dem ist es klar, daß es sich um eine Berufskrankheit handelt, also um ein Leiden, das sich der Kollege im Betriebe der Firma geholt hat und zum Danke dafür erhält er eine solche Abkehr.

Und wie sieht es mit dem Prozentigen Akkordabzug, der am 1. Januar d. J. vorgenommen wurde und bald, möglichst schon am 1. April oder am 1. Mai wieder rückgängig gemacht werden sollte? Will die Firma Sohler noch Nutzen ziehen aus der angeblich schlechten Lage der Blechwalzwerke?

Dieses wäre vielleicht schon geschehen, wenn nicht einzelne Arbeiter des Werkes sich durch den Druck der Firma ins Bodenhorn hätten jagen lassen. Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte! Dieses sonst von der echten Sauerländer Art hochgehaltene Motto scheint wirklich bei einigen Angstreibern in Vergessenheit geraten zu sein.

solches Verhalten nur den Gegnern der Arbeiter zugute. Darum fort mit allen kleinsten Nörgeln und Unwahrheiten; die Vernunft muß bei allen Schlichterungen wieder Platz greifen! Durch die jüngst hier selbst stattgefundene Walzwerk-Arbeiterkonferenz des Kreises Olpe ist nach außen hin unsere Position erheblich gefestigt und muß nunmehr auch nach innen die bessere Hand angelegt werden. Dazu ist die erste Vorbedingung: Stärkung unserer Reihen! Die Lauen, die dem ersten Windstoß nicht genügend Widerstand zu leisten vermochten, bedürfen der Hilfe der weiterdenkenden Kollegen, sie müssen wieder aufgerichtet werden, wie überhaupt noch viele abwärts stehende Metallarbeiter unserem Verbandszugeführt werden müssen. Einem weiteren Ziele werden wir dann und ganz besonders auf dem Schlichterischen Walzwerk schon näher kommen.

Hohde bei Olpe i. W. Daß die gewerkschaftliche Organisation nicht nur allein für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wertvoll ist, sondern auch auf anderen Gebieten erfolgreich für die Arbeiterschaft und für die Interessen der gesamten Bevölkerung wirken kann, dafür haben wir hier, trotz der Kürze des Bestehens unseres Verbandes, schon manchen Beweis erhalten. So war es denn in diesen Tagen schon der dritte Fall, in dem in unserer Gegend Unfallrenten erstritten werden konnten. Im ersten Falle wurde die Rente im Gesamtbetrag von 180 M. erhöht. In einer weiteren Unfallsache konnten 120 M. und im dritten Falle wurde für einen jugendlichen Kollegen, der sich in einem Walzwerk beide Hände erheblich verstimmt hatte, die Vollrente auf den vollen Jahresarbeitsverdienst erstritten. Diese Mehrrente beträgt annähernd jährlich 300 M. Sämtliche Streitverfahren wurden durch das Sekretariat unseres Verbandes durchgeführt. Wäre der christliche Metallarbeiterverband nicht hier eingeführt, dann hätten die Kollegen auf ihr Recht verzichten müssen. Ferner konnte in einigen weiteren Fällen auf dem Gebiete der Krankenversicherung Remedur geschaffen werden.

Weil unser Verband in unserer Gemeinde immerhin gut vertreten ist, deshalb übernahm er es auch, für die Frage der Errichtung eines Bahnhofs und einer Güterabfertigung auf der Haltestelle Sondern, die nötigen Schritte einzulegen. Die diesbezüglich stattgefundene Interessenten-Versammlung war von den Behörden und von allen Schichten der Bevölkerung überaus stark besucht. In seinen Ausführungen verstand es Kollege Mauer-Siegen nicht nur, die Notwendigkeit der Frage nach allen Seiten zu begründen, und die Instanzen anzugeben, die für die Verwirklichung des Planes mobil gemacht und angezogen werden mußten, sondern er wies in seiner Rede auch auf die allgemeine Bedeutung des Verkehrswezens für die wirtschaftliche Erschließung der ländlichen Gegenden hin. Die Industrialisierung derselben, die Lebensmittelfrage der städtischen Bevölkerung u. a. m. könne dadurch nur gefördert werden, sobald die Verammlung auch einen sehr belehrenden Verlauf nahm. Dem christlichen Metallarbeiterverband soll es überlassen bleiben, durch eine gewählte Kommission weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen.

Aus dem Angeführten ergibt sich nunmehr auch für die Mitglieder unseres Verbandes die Pflicht, mit allen Kräften an dem weiteren Ausbau unseres Verbandes mitzuarbeiten, denn nur dann erlangen wir diejenigen Rechte, die uns im wirtschaftlichen und sozialen Leben zustehen.

Wallau. Nachdem die ersten Versuche zur Unterdrückung unseres Verbandes in die Sinesen gegangen sind, soll jetzt dem

Bestreben der Arbeiter um Schutz für Leben und Gesundheit und auskömmliche Löhne durch die Gelbsucht begegnet werden. Und das machte man so, einer Anzahl Arbeitern sandte man von Berlin aus den gelben „Bund“ gratis und franko durch die Post ins Haus. Nach Einsichtnahme hatten die Beglückten genug von der gelben Kost, sie verweigerten fernerhin die Annahme. Darauf erhielten sie vom gelben „Bund“ in Berlin einen Schreibebrief, in dem es u. a. heißt:

„Nach Ausweis der Postanstalten Ihres Bezirkes haben Sie die Annahme des Ihnen auf Veranlassung kostenlos überwiesenen Exemplars „Der Bund“ verweigert. Uns ist der Grund allerdings nicht ersichtlich, mir vermuten aber, daß Ihnen die Tendenz der Zeitung nicht zusagt. . . Wir bitten daher Ihre Weigerung, die Zeitung anzunehmen, fallen zu lassen, dem Briefträger oder der Postanstalt die Verweigerung als fernmündlich zu bezeichnen, die erneute Zustellung zu erbitten und ruhig einmal einen Blick in die Zeitung zu werfen.

Hochachtungsvoll
Reformverlag „Der Bund“ G. m. b. H.
Das ist doch stark. Die Leute werden ersucht zu schwindeln. Das sind wirklich „sehr saubere“ Mittel, mit denen die Gelben arbeiten. Wir können den Gelben verraten, daß die Arbeiter von Wallau nicht gesonnen sind, den gelben Sirenenklängen zu folgen. Die Arbeiter wissen ganz genau, daß die Gelben eine Unternehmerschutztruppe sind. Sie wissen ferner auch, daß es mit einer Verbesserung ihrer Existenzbedingungen ein für allemal zu Ende ist, wenn sie den gelben Lockungen Folge leisten. Die Arbeiter der Amalienhütte verkaufen ihre Rechte nicht um ein Einsemmen.

Im christlichen Metallarbeiterverband organisiert, haben sie durch diesen schon manchen Vorteil errungen; ihm bleiben die Arbeiter der Amalienhütte treu, weil er ihnen als Interessenvertretung eine sichere Garantie bietet.

Duisburg-Maldenich. Für die Arbeiter der Rheinischen Stahlwerke und der Hütte Phönix findet am Mittwoch, den 17. Juni, abends 6.30 Uhr bei Gerhard Nimmich, Stahlstraße eine öffentliche Versammlung statt. Als Referent wird unser Verbandsvorsitzende, Kollege Wieber erscheinen. Unsere Mitglieder, die auf den oben genannten Werken beschäftigt sind, werden ersucht, für einen Massenbesuch der Versammlung zu sorgen.

Soziales Soziale Wahlen

Bei der Wahl zum Versicherungsamt des Landkreises Mülheim (Rhein) brachten die christlichen Arbeiter 5 Vertreter durch, während sich die Sozialdemokraten mit einem Vertreter begnügen mußten. Für das Versicherungsamt Essen-Land stellen die christlichen Arbeiter und die Sozialdemokraten je 3 Vertreter. Zum Versicherungsamt des Landkreises Iserlohn stellen die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen sämtliche 6 Vertreter. In Bochum-Stadt wurden 4 christlich-nationale und 2 sozialdemokratische Vertreter gewählt. Die Gelben gingen hier leer aus. — Bei der Wahl zum Versicherungsamt Düsseldorf-Stadt entfielen auf die Vorschlagsliste der christlich-nationalen Organisationen 3 Beisitzer, auf die Sozialdemokraten 4 und auf die Christlich-Demokratischen 1 Beisitzer. Für das Versicherungsamt Düsseldorf-Landkreis stellen die christlichen Arbeiter 4 Beisitzer und die Sozialdemokraten 2. In Gelsenkirchen-Stadt stellen die

christlichen Organisationen und die sozialdemokratischen je 3 Vertreter; für das Versicherungsamt Gelsenkirchen-Landkreis die Sozialdemokraten 5 und die christlichen Gewerkschaften 1 Vertreter. Die Wahl für das Versicherungsamt Kreis Lennep hatte das Resultat, daß auf die christliche und die sozialdemokratische Liste je 3 Vertreter entfielen. Das Versicherungsamt im Kreis Minden wird aus den Reihen der Versicherten 4 christlich-nationale und 2 sozialdemokratische Beisitzer aufweisen. Für das Versicherungsamt der Amtshauptmannschaft Ramenz (Sachsen) stellen die christlich-nationalen Arbeiter 2 und die Sozialdemokraten 4 Beisitzer. Bei der Wahl für das Versicherungsamt der Amtshauptmannschaft Waagen wurden von den christlich-nationalen und sozialdemokratischen Vorschlagsliste je 3 Vertreter gewählt.

Für das Versicherungsamt Neustadt-Weiden (Oberpfalz) wurden 5 christlich-nationale und 1 sozialdemokratischer Vertreter gewählt. Zum Versicherungsamt Freiburg (in Baden) stellen die christlich-nationalen Versicherten 4 Vertreter, die Sozialdemokraten 2; dasselbe Wahlergebnis ist in Neustadt (Baden) zu verzeichnen. Bei der Wahl zum Versicherungsamt Offenburg erzielten die christlichen Arbeiter 4, die Sozialdemokraten 1 und die Werkmeistervereinigung 1 Vertreter. In Lahr (Baden) stellen die christlichen Arbeiter 4 und die Gegner 2 Vertreter. Für das Versicherungsamt Wolfach (Baden) wurden 5 Kandidaten der christlichen Vorschlagsliste und 1 Vertreter der sozialdemokratischen Nominierung gewählt.

Bei der Vertreterwahl für das Versicherungsamt Lippstadt (Stadt- und Landkreis) wurden von den Versicherten sämtliche Kandidaten der christlich-nationalen Arbeiterschaft gewählt. Für das Versicherungsamt Rempen (Rheinland) stellen die christlich-nationalen Organisationen sämtliche 6 Vertreter. Die Sozialdemokraten, deren Liste bezeichnender Weise hier und da von Werksseite unterstützt wurde, gingen leer aus.

Gelbeingänge bei der Hauptliste Monat Mai

Frankenthal 179,70, Trierbach 207,90, Maden 538,53, Barmen 450,—, Offenbach 590,64, Schweidnitz 140,80, Mey 495,44, Stolberg 1689,76, M.-Glabach 898,91, Gürlich 40,20, Bernigrode 11,75, Düsseldorf 1000,—, Waagen 114,68, Rattowitz 415,68, Sittau 14,88, Laurahütte 25,27, Gütenbach 182,—, Solingen 800,—, Falkau 68,86, Neugersdorf 42,37, Werbohl 481,90, Lambrecht 7,41, Göttingen 254,70, Duisburg 4399,12, Mülheim-Oberhausen 854,54, Oberndorf 200,16, Mannheim 1000,—, Hanau 126,40, Siegen 345,67, Barmen 400,—, Rodolfszell 184,—, Bielefeld 250,—, Solingen 700,—, Ulm 250,—, Heidenheim 61,17, Beverungen 18,60, Hannover 200,—, Bielefeld 300,—, Magdeburg 171,12, Graudenz 55,05, Mülheim-Oberhausen 500,—, Saarbrücken 641,56, Bonn 527,76, Siegen 268,52, Bromberg 56,27, Minden 1000,—, Esslingen 222,88, Bremerhafen 200,—, Hagen 840,—, Furtwangen 224,26, Neheim 1627,20, Osnabrück 500,—, München 46,80, Essen 8,—, Wallau 188,91, Freiburg 431,27, Bremen 190,—, Chemnitz 120,—, Braunschweig 18,50, Sonthofen 128,27, Hamm 1514,10, Göttingen 4,—, Hagen 1000,—, Schweinfurt 400,—, Duderstadt 30,99, Gevelsberg-Schwelm 100,—, Köln 2,50, Lindau 1,50, Essen 3000,—.

Briefkasten

Verschiedene Berichte und die Sterbetafel mußten zurückbleiben.

Berichtungs-Kalender

Kollegen und Kolleginnen!

Beräumt ohne Grund keine Versammlung!

Samstag, den 13. Juni.

- Ahlen. Abends 8.30 Uhr.
- Berlin-Norden. Abends 1/9 Uhr bei Thiere, Hufstr. 34.
- Buchholz. Abends 9 Uhr bei Küpper, Düsseldorfstr.
- Dortmund 1. Abends 9 Uhr bei Kroll, Körnerplatz.
- Düsseldorf-Deerendorf. Abends 8.30 Uhr bei Paasch, Annastr. 53.
- Essenach. Abends 1/9 Uhr im „Weimariischen Hof“.
- Essen. Klempner u. Installateure. Ab. 8.30 Uhr bei Spahn, Steelerstr.
- Köln-Lindenthal. Abends 9 Uhr bei Sadtler, Bachemerstraße.
- Köln-Spandorf. Abends 9 Uhr bei Buschwald, Subbetratherstr.
- Krefeld-Verdingen. Abds. 8.30 Uhr bei Schmitz, zum Parlament.
- Menzheim-Schwering. Abends 8.30 Uhr im Ritter.
- Miesch. Abends 8.30 Uhr im „Kreuz“.
- Neheim (5. Bezirk). Abends 8.30 Uhr Schützenhalle.
- Rattowitz. Abends 9 Uhr bei Kürten, Bachemerstr.
- Remscheid. Abends 8 Uhr bei Bierbach.
- Schramberg. Abends 8 Uhr im kath. Vereinshaus.
- Steck-Krag. Abends 8.30 Uhr bei Freitag, Grenzstr. in Krag.
- Talswiler. Abends 8.30 Uhr bei Schmidt.
- Zuffenhausen. Abends 8 Uhr im Lokal „Zur Traube“.

Sonntag, den 14. Juni.

- Bielefeld-Schleibitz. Vorm. 11.15 Uhr bei Witte Vog.
- Böckel. Sonntags 11.15 Uhr im Rest. „Stadt Mümpfer“.
- Brühl. Morgens 11 Uhr bei Griesberg, Uhlfstraße. 8.
- Chemnitz. Vorm. 11 Uhr im Bäckereiamtsgebäude, Reithausstr. 22.
- Danzig Jugendklasse. Morgens 11.30 Uhr im Josephshaus.
- Dortmund-Hombroich. Vorm. 11 Uhr bei Witte Schnitker.
- Dortmund-Linden. Vorm. 11 Uhr bei Müllmann.
- Dortmund-Berne. Nachm. 4 Uhr bei Tecklenburg.
- Duisburg-Maldenich. Nachm. 4 Uhr bei Kleine Natland.
- Düsseldorf-Eiler. Vorm. 11 Uhr bei Haas, Humboldtstr. 120.
- Düsseldorf-Oberbassel. Vorm. 11.30 Uhr bei Boffen, Euegallee 50.
- Düsseldorf-Heerde. Vorm. 11 Uhr bei Böffen, Krefelderstr. 81.
- Düsseldorf-Haderich. Vorm. 11 Uhr bei Delmes-Meer.
- Essen-Jugendklasse. Nachm. 4 Uhr bei Büchner, Hohenstr.
- Essen-Mittelscheid. Morg. 11 Uhr bei Bremmesamp, Emmastr.
- Essen-Altendach. Morg. 11 Uhr bei Trippel, Altendorferstr. 299.
- Essen-Buttrop. Nachm. 3.30 Uhr bei Trogenmann.
- Großenbaum. Vorm. 11 Uhr bei Blakenheim.
- Hagen. Formittags 10 Uhr gemeinschaftlich mit der Jugendklasse bei Krahwinkel. Referent: Kollege Schmitz-Köln.
- Hamborn (Jugendklasse). Nachm. 4 Uhr im Kolpinghaus in Marzloch.
- Ingoth. Vorm. 10 Uhr im kath. Vereinshaus.
- Immerath. Morgens 11 Uhr bei Oberbach.
- Krefeld-Geiders. Morgens 11 Uhr bei Bogels.
- Mannheim-Schwanheim. Im Verkehrslokal.
- Miesch. Nachm. 5 Uhr bei Piehler.
- Ostfeld-Hagen. Morgens 11 Uhr bei Casmann in Ostfeld.
- Plettenberg. Nachm. 4 Uhr bei Hütemann, Windhamen.

- Rottenburg. Morgens 10 Uhr.
- Sterke. Morgens 11 Uhr bei Landscheid, Holtenstr. 1.
- Staubing. Morgens 10 Uhr.
- Werden-Kuppferdreh. Morgens 11 Uhr bei Erkens.
- Dienstag, den 16. Juni.
- Dortmund-Dorf. Abends 6.30 Uhr bei Sturm.
- Dortmund. Kleingewerbe. Abds. 9 Uhr im kath. Gefellenhaus, haus, Silberstr.
- Mittwoch, den 17. Juni.
- Duisburg-Rendorf. Abends 8.30 Uhr bei Schrörs, Dfstr.
- Sonntag, den 20. Juni.
- Cannstadt. Abends 8.30 Uhr im evang. Arbeitervereinshaus.
- Freiburg i. S. Abends 8.30 Uhr im Ganterbräu.
- Hilden (Hild.). Abds. 8.30 Uhr im kath. Gefellenhaus.
- Karlstraße. Abends 8.30 Uhr im Palmengarten.
- Köln-Stadt. Bankhoffer. Abds. 9 Uhr „Zur Ratsmühle“.
- Köln-Deutz. Abds. 9 Uhr „Zur Krone“, Freiheitstr. 19.
- Krefeld-Stadt. Abds. 9 Uhr in der Reichshalle.
- Pforzheim. Abends 8 Uhr Untere Tugasse 20.
- Solingen. Abends 9 Uhr bei Vorhoff.
- Sonntag, den 21. Juni.
- Bentath. Vorm. 11 Uhr bei Wegener, Mittelstr.
- Berlin-Oberhönnecke. Abends 7 Uhr bei Altesch.
- Duisburg-Stadt. Vorm. 11 Uhr bei Hajenkamp, Fr.-Wilhelmstr.
- Duisburg-Hochfeld. Vorm. 11 Uhr bei Sultmann, Eigenstr.
- Duisburg-Bankheimerort. Abds. 8 Uhr bei Schmitz, zum Pith.
- Duisburg-Laar. Vorm. 11 Uhr bei Janßen, Kaiserstr.
- Düsseldorf-Fingern. Vorm. 11 Uhr bei Boosen, Hoffeldstr.
- Düsseldorf-Gettesheim. Vorm. 11 Uhr im Lokale „Zum roten Hahn“, Gräufingerstr.
- Düsseldorf-Rath. Vorm. 11.30 Uhr bei Hilden, Oberratherstr.
- Hamborn. Vorm. 11 Uhr bei Langhoff, Beckstr.
- Hamborn-Marzloch. Nachm. 4 Uhr im Kolpinghaus, Disterweg.
- Köln-Stadt. Heizungsbranche. Morg. 11 Uhr „Zur Ratsmühle“.
- Köln-Stadt. Morg. 11 Uhr bei Höntgesberg, Breuerstr.
- Köln-Poll. Morg. 11 Uhr bei Fassbender, Hauptstr.
- Nürnberg. Morg. 11 Uhr bei Schmitz, Frankfurterstr.
- Krefeld-Bochum. Morg. 11 Uhr im Lokale Benzer.
- Reicholz-Hollhaufen. Vorm. 11 Uhr bei Hahn, Alte Brücke.
- Rheint. Morg. 11 Uhr bei Grünwald, Friedrich-Wilhelmstr.
- Rixdorf. Morg. 11 Uhr bei Bender.
- Werden-Stadt. Morg. 11 Uhr bei Burgmann.

Son wohlwollendsten Voten
recht dankbar

Herren-Garderoben

erhalten Sie sehr vorteilhaft vom

Garderoben-Verlagshaus b. Spielmann

München, Dachauerstraße 1.
Frühjahr-Paletots und Hüfte von 10 bis 45 M.
Sacco-Anzüge 1 und 2reihig von 12 bis 48 M.
Hosen, Westen, Westertragen etc. etc.

Hier nicht angeführtes im Katalog. Bestellen Sie ohne Verbindlichkeit illust. Pracht-Katalog H gratis und frei. Für nichtkonbenerende Waren erhalten Sie Geld retour.



Allen voraus
sind die **Riepenkerl**-Tabate
von **Odenkott-Rees am Rhein.**
Überall käuflich!
Wegen ihrer außerordentlichen Bekömmlichkeit jedes Rauchers Freund.

Beste Auswahl
schönster Modelle



Aria-Rad

unübertroffen
5 Jahre Garantie • Franco Zusendung.

Komplettes Herren-Tourrad
Marke Konkurrenten schon von 113,- an. Damenrad komplett schon von 115,- an.
Spezialist Pneumatik
Laufdecke mit Jahresgarantie M.450 M.475 M.5- M.525 usw.
Luftschlauch mit Jahresgarantie M.275 M.3- M.350 M.4-
Alle Fahrrad-Zubehörsache
Nähmaschinen, Waffen, Uhren etc. • Beste und billigste Bezugsquelle
Verlangen Sie kostenlos reich illust. Katalog Nr. 238 mit niedrigsten Preisen.

FRANZ VERHEYEN Frankfurt

Laubsägerei

Kerbschnitt und Holzbrand
Werkzeuge, Holz, Vorzüge etc. in
großer Auswahl billig. Katalog gratis.
L. Bränd, Mültenstr. 99 Platz.

Westfälischer Sped

Dauerware, Winterschlagung,
nach Bauernart trocken getrocknet,
Fid. 75 Pfg., unbekannt Nachm.,
empfiehlt Aug. Geidemann in
Rödinghausen, Kr. Herford i. W.

Prima Ruffschinken

per Pfd. 1.20 M. Durchwacht.
Evel, p. Pfd. 85 Pfg. Mett-
würst, hart, Weismurrt, Leber-
würst p. Pfd. 70 Pfg. Käse-
schinken und Weiskopf per
Pfd. 90 Pfg. Cervelatwurst u.
Salami per Pfd. 1.20 M.
empfiehlt per Nachnahme
Carl Böner, Ruffschinken,
Glogau.



Teilzahlung

Uhren u. Goldwaren,
Photo-, optische
Artikel,
Sprechmaschinen,
Musikinstrumente,
Spielwaren, Zithern
u. s. w.

Kataloge gratis und franko liefern

Jonass & Co. BERLIN A. 741

Belle-Alliancestr. 3